

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

Scheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Inter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Die Fabrikinspektion in Preußen.

II.

Für die Stellung der Fabrikinspektoren den Arbeitern gegenüber gewährt die Beurtheilung der Arbeitseinstellungen den besten Maßstab. Wenn wir auch die allerletzten sind, so werden jeden Streik als vernünftig und berechtigt bezeichnen können, so scheint uns doch die Stellung der Inspektoren in den Umständen eine allzu einseitige. Wenn sie es auch nicht direkt aussprechen, so klingt es doch aus jedem Satze, den sie den Arbeitseinstellungen widmen, daß sie das Recht dabei fast ausnahmslos auf Seite der Unternehmer, das Inrecht auf Seite der Arbeiter sehen. Diese Stellungnahme ist um so auffällender, als es den Fabrikaufsichtsamten keineswegs entgangen ist, daß die industriellen Unternehmer das Jahr 1889 als eines der gewinnreichsten der letzten Zeit betrachten müssen und daß die ohne von dieser günstigen Geschäftslage nur sehr wenig einfließt würden.

Aus den zahlreichen Angaben über die Lage der Inspektoren die folgenden hervorgehoben. Der Inspektor der Regierungsbezirke Frankfurt a. O. und Potsdam bezeichnet dieselbe als eine günstigere als in den Vorjahren. Selten, schreibt er, konnte so andauernd, ohne eine größere Unterbrechung gearbeitet werden, wie in dem Jahre 1889 der Fall war. In vielen Abtheilungen reichten die vorhandenen maschinellen Anlagen nicht aus, um den wachsenden Ansprüchen zu genügen, so daß zunächst bedeutende Erweiterungen erforderlich wurden. Die günstige Lage der Industrie rief auch industrielle Neubauten hervor, deren Errichtung die niedrigen Zinsfuß wesentlich erleichtert wurde. Die hierdurch herbeigeführte Konkurrenz hat zwar schon in den letzten Jahren und da die Preise beeinflusst, wird jedoch ihren vollen Einfluß erst im künftigen Berichtsjahre geltend machen können. — Aus der Provinz Pommern wird berichtet, daß in allen Branchen reges Leben herrsche und daß die Fabriken mit Aufträgen überhäuft seien. In Posen waren die Preise auskömmlich, der Absatz befriedigend. Aus den Regierungsbezirken Breslau, Liegnitz, Oppeln, Magdeburg, Merseburg, Erfurt, Schleswig, der Provinz Hannover melden die Inspektoren auch nur Günstiges für die Unternehmer. Der Inspektor für die Regierungsbezirke Köln und Koblenz schreibt: „Die Lage der Industrie kann im Allgemeinen als eine außerordentlich günstige bezeichnet werden. Die bedeutendsten Industriezweige waren das ganze Jahr über in fortwährend steigendem Maße reichlich mit Aufträgen zu höheren Preisen

als im Vorjahre versehen und sind für einen Theil des neuen Jahres (1890) bereits durch Abschlässe gesichert. Mit Rücksicht hierauf kann von einer Ueberproduktion noch nicht gesprochen werden. Aus dem Regierungsbezirke Düsseldorf wird berichtet, daß Handel und Gewerbe fast überall und in all' ihren Zweigen eine lebhaftere Bewegung in merkbar aufsteigender Linie zeigen, daß reichliche, ja zum Theil überreichliche Aufträge bei steigenden Preisen die Regel bildeten. Durch volle Ausnutzung aller zu Gebote stehenden Betriebsmittel, sowie durch Erweiterung bestehender und Errichtung neuer Anlagen trat der Aufschwung in den verschiedensten Industriezweigen recht sichtbar in die Erscheinung. Der Inspektor für die Regierungsbezirke Aachen und Trier schreibt: Auf allen Gebieten der vielseitigen Industrie des Aufsichtsbezirkles herrschte eine außerordentlich lebhaftere Thätigkeit, welche, da sie durch gesteigerte Nachfrage hervorgerufen, sich auf gesicherten Absatz zu allmählig anziehenden Preisen gründete. Nur aus zwei Aufsichtsbezirken, den für Ost- und Westpreußen und den für die Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden, werden weniger günstige, aber keineswegs direkt ungünstige Mittheilungen über die Lage der Industrie gemacht. Als Gesamtbild resultirt jedenfalls aus all' diesen Einzelangaben, daß die Unternehmer selten auf ein so überaus günstiges Jahr zurückzusehen können, wie es das Jahr 1889 war, sicher ist, daß dieses Geschäftsjahr das weitaus günstigste war seit 1872/73. Günstig in diesem hohen Maße freilich nur für die Unternehmer, keineswegs für die Arbeiter. Die in so hohem Maße widernatürlichen Verhältnisse im modernen Produktionsprozesse haben fast stets zur Folge, daß die Arbeiter, welchen die schlechte Geschäftslage stets alle Schädigungen ihrer sozialen Stellung in gesteigertem Maße zu Theil werden läßt, an den Vortheilen der günstigen Geschäftslage nur zum allergeringsten Theile sich erfreuen können. Die ökonomische Ursache dieser auf den ersten Blick befremdenden Erscheinung liegt in der Existenz der industriellen Reservearmee einerseits, in den unerhöht niedrigen Löhnen der landwirthschaftlichen Arbeiter andererseits, welche sich zu dem größten Theile der Arbeiten in der Industrie sich ganz wohl eignen.

Leider läßt sich über die Lohnverhältnisse der deutschen Arbeiter im Jahre 1889 kein auch nur annähernd ähnlich genaues Bild aus den Berichten zusammenstellen wie über die Lage der Industrie. Damit soll aber kein Vorwurf den Inspektoren gegenüber ausgesprochen werden. Wäre diese Zahl doppelt, ja dreifach so groß, als sie thatsächlich ist, so hätten sie vollauf zu thun, die Durchführung der Arbeiterschutz-Bestimmungen der Gewerbeordnung zu über-

wachen. Nur ist die Sozialstatistik und speziell die Lohnstatistik eine der weitaus schwierigsten Partien der Statistik überhaupt. Um da zu befriedigenden Resultaten zu gelangen, bedürfte es großer Mittel und Bureaus mit einem sozialpolitisch und statistisch tüchtig geschulten Beamtenkörper. Es hieße Unberechtigtes von den Fabrikaufsichtsbeamten fordern, wollte man in den Berichten das finden, was diese Bureaus leisten sollten.

Aber auch die wenigen Angaben in den Berichten genügen, um unsere Behauptung, daß die Lohnsätze von dem guten Stande der Industrie nur sehr wenig berührt wurden, zu belegen.

Betrachten wir z. B., was der Gewerberath für die Regierungsbezirke Aachen und Trier, Dr. Vernoulli, sagt: „Da die Akkordarbeiter, schreibt er, namentlich in den Haupt-Industriezweigen, ihre Kraft voll einsetzen dürften, ohne befürchten zu müssen, von den Industriellen wegen Mangels an Aufträgen beschränkt zu werden, und auch bis im Tagelohn Arbeitenden vielfach mit Ueberstunden zu arbeiten Gelegenheit fanden, so stieg der Wochenverdienst entsprechend, und es kann wohl mit vollem Rechte behauptet werden, daß sich die wirthschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung im Berichtsjahre wirklich gehoben hat.“ Das heißt aber nichts anderes, als daß die Lohnsätze die gleichen geblieben und daß die Ausbeutung der Arbeiter eine stärkere geworden ist. Ueberstunden, steigende Worbepardon Akkordarbeit, war also die Reversoite der Medaille. Weiß Dr. Vernoulli denn nicht, daß solche ihre Kräfte auf's äußerste anspannende Arbeiter auch mehr und kräftiger arbeiten müssen, daß sie zur Wahrung ihrer Spannkraft alkoholische Getränke zu sich nehmen müssen. Wo liegt da der Vortheil für die Arbeiter. Nicht günstig ist das Bild, das der Herr Gewerberath mit einem befriedigenden Schmunkeln zeichnet, im Gegentheil höchst ungünstig und, er vermuthet es kaum, kann zu einer wirksamen Begründung der Forderung eines Maximalarbeitstages verwendet werden. Hätten wir im deutschen Reiche den 10stündigen Maximalarbeitstag, so wären die Arbeiter bei einer so günstigen Lage der Industrie bedeutender Lohn erhöhungen sicher gewesen ohne Ueberstunden, während sie heute zu Gunsten der Unternehmer ihre Kraft auf's äußerste anspannen müssen, ohne irgendwie einen Nutzen zu haben, denn die Paar Pfennige Mehrverdienst, die nach Abzug der größeren Auslagen für Kost und Getränke bleiben, die stehen doch in schreiendem Mißverhältnisse zu den gesundheitlichen und sozialen Folgen der Ueberarbeit.

Die weiteren Angaben über die Löhne sind so allgemeiner Natur, daß es sich absolut nicht lohnt, auf sie des weiteren einzugehen. Mehr Mühe haben sich die zwei

Feuilleton.

Schauspieler-Clend.

Ein Stück aus dem Bühnenleben

von Julius Tark.

Der Kutscher sah ihn verdutzt an, und brummte nur vor sich hin. Als Holmer von dem Kutscher keine Antwort erhielt, wandte er sich an Alfred, der eben mit einer schweren Kiste angeschleppt kam.

„Meines Erachtens nach wäre es besser, wenn Du veranlassen würdest, zuerst die Dekorationen aufzupacken.“

Alfred, der jetzt seines Vaters ansichtig wurde, rief erschreckt aus:

„Aber, um Himmelswillen, was willst Du denn hier, Vater? Thu' mir den einzigen Gefallen und geh' wieder zum Wagen. Du kannst Dich ja auf den Tod erkälten, wenn Du hier im Regen stehen bleibst, wir werden schon fertig werden.“

„Aber ich kann Euch doch mit meinem Rathe unterstehen“, erwiderte der vortreffliche Geldwäcker.

„Na, der fehlte noch gerade“, murmelte Alfred vor sich hin. Laut sagte er hinzu: „Jahr' doch meinerwegen allein weiter, aber laß uns nur allein arbeiten.“

„Nun denn, mein Sohn, so will ich Deinen allerdings künftigen Wunsch erfüllen“, erwiderte der Direktor pathetisch, „aber davonsahren werde ich nicht, nein, ich werde auf

Dich warten. Es kann ja höchstens ein Viertelstündchen währen.“

Er warf mit stolzer Geberde sein Haupt in den Nacken, wickelte sich fester in seinen schwarzen Radmantel und wie ein entthronter Despot schritt er durch die Pfläzen der Chaussee.

„Ein Viertelstündchen“, murmelte Alfred, „na, laß Dir die Zeit nicht zu lang werden.“

Mit diesen Worten schritt er wieder zum Graben, um Brenner beim Aufpacken zu helfen. Mit unendlicher Mühe packten sie Korb für Korb, Kiste für Kiste auf. Sie vergaßen des Regens und der Kälte. Endlich, nach anderthalb Stunden schwerer Arbeit war das Werk vollendet; die Männer konnten daran denken, den verlassenen Wagen wieder aufzusuchen.

Düster in ihr Schicksal ergeben saßen die Zurückgelassenen da. Der kleine Runo hatte mit seiner Taute gespielt, doch als der Kleine allzu fröhlich wurde, warf Anna, geärgert durch die Freude des Kleinen, ein böses Wort dazwischen. Ihre Schwester fing es auf und bald waren sich ihre Stimmen in lauten Gezänk. Frau Hohenstein wollte den Streit schlichten, aber Anna wurde nur noch wüthender und als sich auch Fräulein Brunsche, die ihre Kasserolle noch nicht vergessen konnte, in den Streit mischte, der kleine Runo mit dem kleinen Mädchen schrie und des Direktors Wagh dazwischen that, hörte vor diesem Höllenlärm selbst der Sturm auf zu pfeifen. Nach und nach aber glätteten sich die Wogen der Aufregung. Angelica lehrte ihrer Schwester den Rücken zu, Anna wickelte ihr Kind fester in den Mantel, der kleine Runo legte sich auf den Boden des Wagens und schlief ein. Auch der Direktor und Fel. Brunsche lehnten sich stumm in ihre Ecken und

warteten und warteten, und sahen mit stierem Blick in's Weite hinaus.

So fanden sie die Schauspieler wieder. Der Kutscher stieg auf den Bock und trieb die Pferde zu schnellerem Laufe an. Hildegard wandte sich an Alfred: „Wie steht's mit unsern Sachen?“

„Na, gut —, ich habe sie ja fest verschmürt. Nur im Innern mag's etwas bunt aussehen. Es ist nur ein Glück, daß in Drosseln Dekorationen sind, denn die unsren werden wohl wunderbar genug aussehen. Da kann ich wieder neue machen.“ „Ach, ich wünschte, die Fahrt ginge bald zu Ende“, sagte er nach einer Pause seufzend hinzu.

Aber sein Wunsch sollte nicht so bald erfüllt werden; nach welcher Seite man auch sah, endlos dehnte sich die Chaussee, doch der Kutscher selbst hatte jetzt Eile, er wollte die verlorene Zeit wieder einholen, und nach einer Stunde zeigte sich die erste Hütte am Wege.

Der einen Hütte folgten mehrere, dazwischen Ackerland, Gärten mit verwitterten Bäumen, deren frierende Zweige trostlos in die Lüfte starteten, Ställe, dann wieder kleine Bauernhöfe, und schließlich rollte der Wagen auf dem holprigen Stadtplaner auf den schon erleuchteten Häusern vorüber. Die Straße wurde zusehends breiter, die Häuser größer, und schließlich schauten die Insassen des Wagens das Rathhaus, das von der Mitte aus Wacht hält über die unterthänigen Wohnungen der Bürger. Dem Rathhause gegenüber stand der erste Gasthof der Stadt, ein einstöckiges Haus. Ueber der Hausthür stand eine lange schwarze Tafel mit goldener Inschrift:

„Zum goldenen Löwen“

Inspektoren für die Regierungsbezirke Frankfurt a. O. und Potsdam und Oypeln genommen. Leider fehlt dem Inspektor für die Regierungsbezirke Frankfurt a. O. und Potsdam jedes Verständnis für die Statistik. Anders kann man sich seine Zusammenstellung der in den Regierungsbezirken Frankfurt a. O. und Potsdam gezahlten Akford-Arbeitslöhne in den Jahren 1882, 1884 und 1889 nicht erklären. Was hat es denn, um nur ein Beispiel anzuführen, für einen Sinn, mitzutheilen, daß der Stundenlohn der Streichgarn-Weber 1882 20 bis 21 Pf., 1889 16,3 bis 22,7 Pf. betrug. Wir wissen nun absolut nicht, ob der Lohn gestiegen oder gefallen ist, da wir nicht sehen können, wie viele verschiedene Lohnstufen es gab, und wie viele Arbeiter auf jeder einzelnen Lohnstufe sich befanden. Man kann leicht aus diesen Zahlen herauslesen, daß die Löhne gefallen sind, man darf es aber auch Niemandem verübeln, wenn er diese Ansicht befreitet.

Weitaus besser ist die Uebersicht, welche der Inspektor des Kreises Oypeln vorlegt, leider beruht sie aber ganz einseitig auf Angaben der Unternehmer und ist erst der Anfang einer Lohnstatistik und gewährt daher keine Gelegenheit zu Vergleichen. Befriedigen können uns auch die Lohnangaben nicht, denn wir finden gelernte Arbeiter mit Tagesverdiensten von 1 M. 81 Pf., ungelernete mit 1 M. 19 Pf., jugendliche mit 58 Pf., weibliche mit 60 Pf. täglichem Einkommen.

Das Resultat unserer heutigen Betrachtung ist ein durchaus trostloses. Wir sahen, daß die Unternehmer des goldenen Segens froh werden konnten, und die Arbeiter in fast gleich trüber Lage weiter leben mußten, daß ihre Anstrengungen im Lohnkampfe nicht den wünschenswerthen Erfolg hatten. Und schon droht neuerdings das Gespenst der Ueberproduktion und Wirtschaftskrise bei uns Einkehr zu halten, so daß mehr denn je Vorsicht am Platze ist bei Arbeitseinstellungen, die den Unternehmern vielleicht schon erwünschter sind, als wir vermuten.

So bestätigt sich eben für uns neuerdings die Behauptung der Sozialdemokratie, daß nur der Uebergang zur genossenschaftlichen Produktionsweise die so nothwendige Aenderung in der Lage der arbeitenden Bevölkerung herbeiführen kann.

Korrespondenzen.

Paris, den 6. Juli. Die alte Fabel von dem Berg, der im Kreischen lag und schließlich ein winziges Mäuslein gebar, hat sich wieder einmal in der Bomben- und Komplottaffäre der in Paris verhafteten russischen Revolutionäre bewahrheitet, welche am 4. und 5. d. M. vor Gericht standen. Wochenlang hatte die von der russischen Botschaft ausgehaltene Presse sich bemüht, die Angelegenheit zu einer Haupt- und Staatsaktion aufzubauschen, die französische Polizei infolge ihres Einschreitens als eine Art rettende Vorkehrung des russischen Czarismus und als einen Ausbund von Staatsklugheit hinzustellen. Nach dem Zeitungspetateil hätte man also meinen sollen, daß der in den Wehen liegende Berg der Affäre mit einem fürchterlichen Ungelähm von fürchterlichem Komplotte niederkommen müßte. Statt dessen steht der Prozeß als Ursache der so muthwilligen politischen Kindstüchlein ein Mäuslein, ja weniger als das, jene in der modernen Gesellschaft als agent provocateur klassifizierte Mißgeburt in die Welt.

Alles in Allem läßt sich die Affäre darin zusammenfassen, daß etliche russische Revolutionäre Versuche über die Herstellung von Explosiven, resp. Bombenhälsen gemacht, offenbar in der Absicht, zu revolutionären Zwecken eine gewisse Fertigkeit darin zu erlangen. Ein geplantes Komplotte hat durchaus nicht bewiesen werden können und wird von den Bestreßenden entschieden in Abrede gestellt. Andererseits erweist sich, daß eine zum mindesten höchst zweideutige Persönlichkeit moralisch und praktisch einen hervorragenden Antheil an den Versuchen genommen, und daß gerade, nachdem die französische Polizei auf höchst geheimnisvolle Weise, die in den Anklageakten nicht angegeben worden, den Versuchen auf die Spur gekommen, diese Persönlichkeit die einzige ist, welche unbehelligt entkommen konnte. Die Rolle steht der eines agent provocateur so ähnlich, wie ein Ei dem andern.

Mögen sich der Staatsanwalt, sein Substitut, der Untersuchungsrichter, der von Landefin gespielten Rolle gegenüber noch

so fleptisch erweisen, mögen sie sich alle Mühe geben, Miene zu machen, daß sie dessen revolutionäre Ueberzeugungen und seine Ehrlichkeit ernst nehmen, so läßt doch eine Gesammtheit von Thatsachen kaum einen Zweifel über das Schröder-Hauptthum des Herrn Hoelemann von Landefin zu.

Der Prozeß hat ergeben, daß es Landefin war, der das Geld für sämtliche Einkäufe zu den Versuchen lieferte. Er ertheilte Reinstein den Rath, eine besondere Wohnung zu nehmen, in welcher die chemischen Arbeiten vor sich gingen. Nach seinen Wünschen und unter seiner Anleitung beschäftigte sich Reinstein mit der Fabrikation von Explosivstoffen, von ihm erhielt er auch die Bombenhälsen, davon etliche noch am Vorabend der Verhaftungen. Als Raschinbeß nach dem 1. Mai infolge der Constan'schen Drohungen gewisse kompromittirende Papiere vernichten wollte, hielt ihn Landefin davon zurück, bezeichnete seine Absicht als eine Freigabe und versicherte, daß er, der gut über Alles unterrichtet sei, was vorgehe, wisse, daß man nichts zu befürchten habe. Diese Erklärung konnte wohl beruhigend wirken, da sich Landefin oft seiner Beziehungen zu Constan's gerühmt hatte. Ein französischer Student sagte als Zeuge aus, daß er vor drei Jahren die Bekanntschaft eines Russen gemacht habe, dessen Persönlichkeit ziemlich genau dem Porträt Landefin's entspreche. Dieser Russe habe ein sehr stotteres Leben geführt, viel Geld bei Weitemen zc. ausgehen lassen und erklärt, daß er von der russischen Polizei Mission habe, die russischen Revolutionäre in Paris zu überwachen. Er werde dafür sehr gut bezahlt und erhalte Läuse. Auffallen muß, daß während Landefin selbst durchaus unbehelligt blieb, bei allen Personen Hausdurchsuchungen oder Verhaftungen stattfanden, welche mit diesen Beziehungen unterhalten. So wurde gerade bei einem Russen in Rouen gehäufucht, dessen Abreise und Aufenthaltort Landefin bekannt waren. Weiter ward an der rumänischen Grenze der Revolutionär Rappoport verhaftet, der von Landefin Paß, Reisefelder und wie Manches behaupten, auch das Reisegeld erhalten hatte, und dessen Abreise in der Kolonie geheim gehalten worden war. Während Landefin erzählte, daß er sehr wohlhabend sei und von Hause reichlich mit Geldmitteln versehen werde, führte Milleraud an, daß er in der letzten Zeit wenigstens, in welche die bedeutenden Extrausgaben fallen, kein Geld von Hause erhalten haben könne. Die Schwestern des Landefin's hätten sich nämlich bei einem seiner Bekannten erkundigt, was aus ihrem Bruder geworden, sie seien schon mehrere Monate ohne Nachrichten von ihm. — Höchst sonderbar muß auf alle Fälle erscheinen, daß die bis in alle Einzelheiten der Veruche der dabei beteiligten Personen, der Aufbewahrungs-orte der Bombenhälsen und Chemikalien unterrichtete Polizei gerade allein von Landefin's thätiger Mitwirkung an Allem keine Ahnung gehabt hätte. Eigenthümliche Schlussfolgerungen läßt es auch zu, daß der Untersuchungsrichter erst am 18. Juni einen Haftbefehl gegen Landefin ausstellte, obgleich Reinstein und seine Mitangeklagten denselben bereits am 14. einstimmig als agent provocateur bezeichnet hatten. Der Anstand erscheint um so bezeichnender, als der Advokat Milleraud am 16. die Aufmerksamkeit des Untersuchungsrichters auf die Möglichkeit gelenkt hatte, daß diese Verzögerung ein Entkommen des Beschuldigten nach sich ziehen könne.

Nun behaupten zwar die Behörden, daß Landefin bereits am 10. Mai, also vor den Verhaftungen Paris verlassen habe. Thatsache ist jedoch, daß er nach den Verhaftungen sich noch am Orte aufhielt, daß er verschiedenen russischen Revolutionären gegenüber als eine Pflicht der Solidarität erklärte, sich dem Untersuchungsrichter zu stellen. Ferner ist ihm später persönlich Mittheilung des auf ihn lastenden Verdachts gemacht worden, worauf er erwiderte, er werde zum Prozeß vor dem Richter erscheinen und seinen Theil der Verantwortlichkeit fordern. Natürlich ist er nicht erschienen. Nun kann man zwar einwenden, daß der letztere Umstand den Mann nur als Feigling, aber keinesfalls als agent provocateur charakterisire. Aber bis dato hat man noch nie einen agent provocateur oder Spitzel seines Nichtgentlemenberufes bestraft, ohne daß derselbe in der nämlichen Weise den Mund vollgenommen — und sich, wenn's zum Treffen kam, gedrückt hätte. Außerdem kann man wohl sagen, daß infolge des Kampfes und seiner Konsequenzen, an welche die russischen Revolutionäre gewöhnt sind, im schlimmsten Falle 5 Jahre Gefängniß in Frankreich keine so entsetzliche Eventualität sind, daß einer derselben diese Eventualität mit Drangabe seines ehrlichen Rufes vermeiden würde.

Es war wohl nicht aus der Luft gegriffen, daß ein Polizeikommissar Laurentius gegenüber erklärte, die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen seien auf den Rath einer der bei der Affäre beteiligten Personen zurückzuführen. Wodurch ist auch, daß der Staatsanwalt dem Verteidiger Milleraud zugestehen mußte, daß sich in den Anklageakten absolut keine Angaben und Beweise über das angebliche Experiment zu Raincy befinden, obgleich doch die Polizei gerade dieses Experiment als Ausgangspunkt ihrer Nachforschungen und Entdeckungen angegeben. In den Anklageakten wird der Nachforschungen über das Experiment zu Raincy mit keinem Worte erwähnt, der Name des Polizeikommissars ist nicht genannt, welcher dieselben geleitet haben soll, es fehlen Angaben über Datum und Ort des Experiments, über

„Grober Fiß.“ Inzwischen Alfred zwischen den Zähnen hervor. Eine Weile stand er allein auf der Schwelle und starrte auf die öde Straße, dann wandte er sich um, und schritt auf das Zimmer zu, das der Hausknecht den Schauspielern angezeigt hatte.

Hier sah es bereits bunt aus. Anna hatte der Kleinen auf zwei einander gegenüber gestellten Stühlen ein Lager zurecht gemacht; Hildegard hatte Kaffee für die ganze Gesellschaft bestellt; Frau Bräse war sofort in die Küche geeilt, um die nothwendigen Bekanntschaften zu machen. Jetzt trat sie freudestrahlend herein, eine Stulle mit Schinken in der Hand haltend, die sie mit vielem Vergnügen verprüffte.

Der Direktor ging mit großen Schritten auf und ab und betrachtete mit prüfender Miene die Bilder, die an den Wänden hingen.

Zugelila sah einsam an dem Fenster, durch das man in die Gaststube schauen konnte, und überblickte gelangweilt den leeren Raum. Brenner hatte Frau Hohenstein zum Sopha geführt, als der Hausknecht hereintrat, um eine der drei Petroleumlampen des Kronleuchters anzuzünden.

„Kommt denn der Kaffee nicht bald?“ fragte Anna ungeduldig.

„Weiß ich nicht,“ war die Antwort. Der Knecht verschwand. Alfred trat ins Zimmer.

„Der Wirth hat nur zwei Stuben,“ wandte er sich an Hildegard, „entweder Brenner oder ich werden uns ein Logis besorgen müssen.“ — Das scheint hier recht heiter zu werden,“ sagte er grimmig hinzu.

Brenner, der die Worte gehört, trat zu Alfred hin:

„Was, nur zwei Stuben?“

„Ja,“ erwiderte der Bekannte.

„Nur zwei Stuben — hastest Du denn keine bestellt, als Du mit Deinem Vater hier warst?“

„Gewiß, aber der Schuft hat sie vermietet an Reisende, natürlich — die können mehr bezahlen als wir. Komme den Kerl gleich nicht austreten. Habe dem Alten gleich abgethan. — Jetzt haben wir's.“

„Ja, aber was machen wir denn da?“ murmelte Brenner traurig.

die Quelle, aus der die Denunziation gekommen. Es sehr kläglich aus, als der Substitut des Staatsanwalts diese Konstitution gegenüber erklärte, die Nachrichten Experiment im Walde zu Raincy seien aus den genommen worden, denn bekanntlich wollten feinerzeit die Nachrichten von der Polizei erhalten haben.

Was das den Angeklagten zur Last gelegte Verbrechen trifft, so hat der Prozeß ergeben, daß Reinstein und thätiglich mit Landefin zusammen an der Fabrikation Sprengstoffen gearbeitet haben, daß es sich ferner um handelte, Bomben mit den betreffenden Substanzen. Ob Treppoff oder Treppoff und Laurentius Theil an den den Versuchen und Arbeiten genommen, ist eine offene Frage. Weder die Ergebnisse der Hausdurchsuchungen Untersuchungen der Experten haben dieselbe festgestellt. Laurentius behauptet, daß die vorerwähnten Chemikalien zu Studien dienten, welche er für und industrielle Chemie anstellte. Er habe sich damit einen mittelst von Explosiven in Thätigkeit versetzen zu erfinden. Die bei ihm aufgefundenen Glas- und Metallgefäße sind übrigens mit den bei anderen Angeklagten aufgefundenen Bomben nicht identisch, sondern haben nur eine gewisse Ähnlichkeit mit denselben. Laurentius meint, daß Landefin, der Ingenieur vorgestellt war und mit dem er seine Studien seine Bomben vielleicht in Anlehnung an seine eigenen anfertigen ließ.

Gegen Stepanoff hat die Anklage nichts vorgubringen, daß dieser von Reinstein eine Schachtel in Verwahrung obwohl er vermuthen konnte, daß dieselbe keine Schachtel des „Bon Marché“ enthielt. Raschinbeß mit Stepanoff zusammen, wußte also wohl, was er that, als er die Schachtel und deren Inhalt. Das Vergehen der resümiert sich im Grunde darin, daß sie sich nicht zu dem gemacht haben, welche eine ihnen verdächtig erscheinende der Polizei auslieferten. — Der Prozeß hat bewiesen, Reinstein nichts von den Versuchen ihres Mannes wußte, daß Fräulein Bromberg der Inhalt des ihr übergebenen thätiglich unbekannt war. Wie nachlässig und in welcher die Untersuchung geführt worden, beweist z. B. der Umstand, daß ein Koffer des „Petit Journal“ vom in Koffer als Beweis von der Mitwissenschaft Bromberg's angesehen ward, weil Reinstein Wochen lang nicht nach dem Koffer gesehen auch die Zeitungsnummer nicht in diesen Koffer konnte. Erst während des Prozesses ergab die Polizei-Polizeikommissar resp. dessen Unterbeamten, daß dieser schlagartig des Koffers mit anderen Papieren auch der „Journal“ in denselben gelegt hatte. Der Staatsanwalt folge dieser Feststellung die Anklage gegen Fräulein zurück. Gegen die übrigen Beschuldigten basirte er nicht auf die Zuverlässigkeit gegen eine Polizeivorschrift, sondern auf das Vergehen gegen das Gesetz von 1871 über Verfertigung mörderischer, explosiver Gegenstände zc. zu verbrecherischen Zwecken. Er hielt die Affäre auf Terrain fest und legte großes Gewicht darauf, daß zwischen dem Attentat und der Vorbereitung zum Attentat kein Unterschied sei. Die Verteidiger stellten Theil auf den juristischen Standpunkt und zu beweisen, daß es sich nicht um einen Verstoß gegen Dynamitgesetz, sondern um einfache Zuwiderhandlung gegen Polizeivorschrift handle. Nur Milleraud antwortete längern, theilweise recht guten politischen Rede. Er wußte, daß man sich in die russische Mitte versetzen müsse, russischen Revolutionäre zu verstehen. Die abnormen Verhältnisse, welche er an der Hand der Greuel von Paris, sowie der Lebensschicksale seiner Klienten schildern konnte, warum die russischen Revolutionäre zu Mitteln flucht nehmen, deren Anwendung er in unseren westlichen Staaten verwerflich finde. Die Leute, welche man als Agenten anklage und behandle, träumten und erstrebten ein Zukunft für ihr Vaterland. Höchstens könne für Wahnsinnige, jedoch keinesfalls für Mißgeburten klären. Und die Bourgeoisie von 1890 dürfe vergessen, daß ohne Wahnsinnige der nämlichen Art nicht das Maß der politischen Freiheit und Gerechtigkeit niehen würde, dessen es sich heute erfreut.

Stepanoff und Reinstein forderten in Erklärungen Verantwortlichkeit ihrer Handlungen, der agent provocateur ihnen nicht als mildere Umstände gerechnet werden, insbesondere versicherte, daß er zu seinen Versuchen Inspiration eines agent provocateur bedurft hätte, ein solches nur auf russischem und nicht auf ausländischem Terrain plant und vorbereitet werden.

Das Urtheil ward Abend 9 1/2 Uhr verkündet, nach Saal vom Publikum geräumt worden, um einer Mann vorzubringen. Das Urtheil ist auf Grund des Dynamitgesetzes von 1871 gefällt, welches die Absichten, Zwecke der „mörderischer, explosiver Maschinen“ zc. als erschwerende Umstände in Betracht zieht. Es ist ungemein hart ausgefallen, daß sich die öffentliche Meinung durchgehends

Stepanoff und Reinstein forderten in Erklärungen Verantwortlichkeit ihrer Handlungen, der agent provocateur ihnen nicht als mildere Umstände gerechnet werden, insbesondere versicherte, daß er zu seinen Versuchen Inspiration eines agent provocateur bedurft hätte, ein solches nur auf russischem und nicht auf ausländischem Terrain plant und vorbereitet werden.

Das Urtheil ward Abend 9 1/2 Uhr verkündet, nach Saal vom Publikum geräumt worden, um einer Mann vorzubringen. Das Urtheil ist auf Grund des Dynamitgesetzes von 1871 gefällt, welches die Absichten, Zwecke der „mörderischer, explosiver Maschinen“ zc. als erschwerende Umstände in Betracht zieht. Es ist ungemein hart ausgefallen, daß sich die öffentliche Meinung durchgehends

„Eine Stube muß der Direktor haben und die Du oder ich.“

Brenner schante nach der Hohenstein, die ermatte Arm auf die eine Sophalehne gestützt hatte.

„Lieber Holmer,“ fuhr er fort, „Ihu mir den und überlaß mir das Zimmer für heute. Der Prozeß ist heute sehr schlecht, ich kann sie gar nicht lassen. Nicht wahr, Fräulein Schwarz,“ wandte er Hildegard, „Sie haben doch nichts dagegen?“

„Ja — ich —“, erwiderte sie zögernd, „ich möchte was meinst Du, Alfred?“

Alfred antwortete: „Na, meinetwegen, — ja, ich ist Euch nöthiger, als uns. Wenn wir Kaffee trinken haben, will ich mich in der Stadt umsehen. Vielleicht ich Glück.“

Brenner reichte Alfred und Hildegard dankend Hand, als von einem Mädchen der Kaffee gebracht wurde, der die Verhandlung abschneit. Mit großem Lärm sich alle um den Sopha Tisch und griffen nach dem Die Kanne ging von Einem zum Andern, doch konnte die Hohenstein sie ergreifen, als sie erbleichend die wieder auf den Tisch stellte und mit einem leisen rüchlings ans Sopha fiel. Ihr Gesicht wurde noch die Lider schlossen sich krampfhaft, während die ihren Wangen stärker hervortraten.

Bestürzt erhoben sich Alle von den Stühlen, eilte sofort zu Klara:

„Was ist Dir?“ fragte er bestürzt.

„Ich — muß — zu Bett — ich — habe —“, sie, während ihr Wusen sich mühsam hob und senkte, wollte er zerspringen. Brenner bat Alfred, Klara zu weilen, während er schnell zum eilte, um ihn mit hastigen Worten zu eins der Zimmer sofort in Stand setzen zu lassen.

Hildegard hatte das Kleid, das Korset ihrer gewaschen. Die Lösung schien der Kranken Erleichterung zu gewähren. Sie hörte auf zu leuchten, Traurig blickte auf die geliebte Kranke. Schmeigend setzte er sich ans Sopha und beobachtete ängstlich jeden Athemzug der Als das Mädchen ihm sagte, daß das Zimmer

von zeitig Element da Reinstein f mit Ausna orliegende worden. Nachdem in Alles i moralische dient, um solle der (zu erschei In der System der die franzö solle die t parmerie, |

Do

Staat melbet, ne Statistik vor Stellung ein

Heinlichef begründen u

„Die e

Invaliden

heeres von die jüngst Landes-Pa die „Köln. in welches ungen, d

Anstellung beamtete mi beamten se zu betrach

ne Verfor

berichtig

Provinzial

Eigenchaft

angibtlich n

der Witwe

domernde würden.

„Eagti

welche die

licher Dem

Manchester

Reibe. De

englischen

Land desb; weil die f

Opposition

Manchester

gedanken,

habe. Die

einen Seit

servativen

der andr

gekommen,

die dann

müssen.“

Die

Rufe los

Post.“ Ein

folger des

rüchte für

„Heb

Stendal

gethilt, d

Grund. I

Polizeikon

Anträge I

die Königl

Der

anwaltschaft

breiten u

gegen de

erheben d

Am

eine Offen

auch der

brachte i

in größt

Markt i

Land i

wird er

seine G

M

Mädche

sofort z

Ba

tiefem S

dem S

Leuchte

und li

Antlich

Silber

wölbte

Lider i

Klara,

Körpe

und se

mager

B

zurück

Stube

ihre de

„D

getheil

ertrag

sterben

er dem

nicht i

elende

Krank

finster

er sich

Er w

von zeigt. Dieselbe hat man übrigens durch ein bloßes Kom-
ment damit abzufinden gesucht, daß Hr. Bromberg und Frau
seinem freigesprochen worden sind. Die übrigen Angeklagten,
mit Ausnahme von Landestin, sind ohne Unterschied der gegen sie
vorliegenden Thatfachen zu je 3 Jahren Gefängnis verurtheilt
worden. Landestin hat in contumaciam 3 Jahre erhalten —
nachdem man ihn glücklich entwichen ließ.

Alles in allem bedeutet der Prozeß wieder eine empfindliche
moralische Niederlage der Polizei und der Mittel, deren sie sich
bedient, um der Bourgeoisie und dem Spießbürgertum in der
solle der Gesellschaftsleiterin zu imponiren und als unentbehrlich
zu erscheinen.

In der Rolle Landestin's hat sich wieder einmal das ganze
System der Schröder-Haupterei und Konferten richten lassen.
Die französische Polizei insbesondere spielt in dem vorliegenden
Falle die lässliche Rolle einer Handlangerin der russischen Gen-
armarie, sie zeigt sich kurzschichtig, ungeschickt und tölpelhaft.

Politische Uebersicht.

Staatliche Arbeitsbureau sollen, wie die „Magdeb. Ztg.“
meldet, nach Muster der amerikanischen Bureau für Arbeits-
statistik von der Regierung eingerichtet werden, wenn die Her-
stellung einer Lohnstatistik wirklich beschlossen ist. Die Wahr-
scheinlichkeit, daß eine derartige Einrichtung, die mit Freunden zu
begreifen wäre, wirklich ins Leben tritt, wird durch das daran-
knüpfte „Wenn“ leider sehr abgeschwächt.

**Die Einführung des Gesetzes über die Alters- und
Invalidenversorgung** macht die Anstellung eines ganzen
Corps von Beamten notwendig, bezüglich deren Anstellung
die jüngst stattgefundene Konferenz der Landes- Direktoren und
Landes-Hauptleute sich auch zu äußern hatte. Es bestanden, wie
die „Köln. Volksztg.“ erfährt, Meinungsverschiedenheiten darüber,
in welchem Verhältnis diese Beamten zu den Provinzial-Verwal-
tungen, denen die Ausführung des Gesetzes und somit auch die
Anstellung der Beamten obliegt, treten sollten, ob sie Provinzial-
beamten mit den Rechten und Pflichten unmittelbarer Staats-
beamten sein sollten oder lediglich als im Privatverhältnis stehend
zu betrachten seien. Die Staatsregierung hat ein lebhaftes Inter-
esse daran, das Erstere zu wollen, weil sich mit einem Schläge
eine Versorgung für zahlreiche Militär-Versorgungs-
berechtigten finden würde. Wie es heißt, sollen aber die
Provinzial-Verwaltungen Bedenken haben, diesen Beamten die
Eigenschaft von Provinzialbeamten zu verleihen, weil dieselben
endgültig mit Pensionsansprüchen und dem Rechte auf Versorgung
der Wittwen und Waisen übernommen werden müßten, also eine
bedauernde erhebliche Last für die Provinzial-Verbände bilden
würden.

Tagtäglich mehrten sich die demokratischen Elemente,
welche die Sozialpolitik des Freisinn's verdammen. Ein bürger-
licher Demokrat wie Pfirsich ging neulich dem unfruchtbarsten
Manchesterthum im Londoner „United Democratic Club“ arg zu
Leibe. Der bekannte „Bodenbesitz-Reformer“ sagte vor seinen
englischen Hören, daß die politischen Verhältnisse in Deutsch-
land deshalb eine so unerquickliche Gestalt angenommen hätten,
weil die sich freisinnig und demokratisch nennende bürgerliche
Oppositionspartei von jeder der Theorien des unfruchtbarsten
Manchesterthums vertreten und sich grundfänglich jedem Reform-
gedanken, der die Landwirtschaft betreffe, verschlossen gehalten
habe. Dieser doppelte Mangel habe es verschuldet, daß auf der
einen Seite in allen positiven Fragen der Gesetzgebung die kon-
servativen Parteien ausschlaggebend geworden seien und daß auf
der anderen Seite dem „Fortschritt“ die Möglichkeit abhanden
gekommen, die große Masse des Volkes länger an sich zu fesseln,
die dann nothwendiger Weise der Sozialdemokratie hätte zufallen
müssen.

Die Gerüchte über Ministerkrisen wollen nicht zur
Ruhe kommen. Jetzt vergeht die national-liberale „Viel-
Post“ ein Gerücht, wonach Herr Geheimrath Philippeter der Nach-
folger des Staatsministers v. Goller werden sollte. Ähnliche Ge-
rüchte sind schon früher in Umlauf gewesen.

**Heute die Auflösung einer Volksversammlung in
Stendal** berichteten wir vor einiger Zeit. Dabei wurde mit-
getheilt, daß der beihilfliche Redner sowohl wie ein später ohne
Grund polizeilich sistirter, Magdeburger Genosse gegen den
Polizeikommissar Richard Straßantrag gestellt hätten. Diese
Anträge lauteten:

In
die königl. Staatsanwaltschaft zu Stendal.
Der Unterzeichnete erlaubt sich hiermit, der königl. Staats-
anwaltschaft zu Stendal den folgenden Thatbestand zu unter-
breiten und im Anschluß daran an sie das Verlangen zu stellen,
gegen den Polizeikommissar Richard zu Stendal die Anklage zu
erheben wegen Mißbrauch der Amtsgewalt.

Am 15. Juni d. J. fand in Stendal im Lokal Vogelgefang
eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher unter anderem
auch der Unterzeichnete sprach. Derselbe wurde in seinen Aus-
führungen von dem Polizeikommissar Richard mit den Worten
unterbrochen: „Ich verbiete Ihnen hiermit persönliche Angriffe,
und werde, wenn Sie dieselben fortsetzen, die Versammlung auf-
lösen.“

Der Unterzeichnete verwahrte sich dagegen, daß die ihm ver-
fassungsmäßig zustehende Redezeit in solcher Weise verweigert
würde, ging aber bald darauf, um eine Auflösung der Versammlung
zu vermeiden, auf einen anderen Gegenstand über. Zunächst muß
der Unterzeichnete konstatiren, daß von ihm persönliche Angriffe
irgend welcher Art nicht gemacht sind. Aber selbst, wenn dies der
Fall wäre, wenn der Unterzeichnete wirklich eine oder mehrere
Personen angegriffen hätte, selbst dann wäre der überwachende
Polizeikommissar auf Grund des Versammlungsrechtes nicht be-
fugt gewesen, den Redner zu unterbrechen. Es liegt also ein Ver-
gehen seitens des Polizeikommissars vor, das unter den § 389
des R.-Str.-G.-B. fällt.

Derselbe lautet:
„Ein Beamter, welcher durch Mißbrauch seiner Amts-
gewalt oder durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs
derselben, Jemand zu einer Handlung, Duldung oder
Unterlassung widerrechtlich nötigt, wird mit Gefängnis
bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Die Bestimmungen des § 389 treffen für dieß Vergehen des
Polizeikommissars Richard gegen den Unterzeichneten in jeder Be-
ziehung vollkommen zu. Indem er den Redner unterbrach,
machte er sich eines Mißbrauchs der Amtsgewalt schuldig. Indem
er den Redner mit der Auflösung der Versammlung drohte, um
ihn an der Fortsetzung der angeblich persönlichen Angriffe zu
verhindern, nötigte er diesen widerrechtlich zu einer Unterlassung,
beziehungsweise machte er den Versuch dieser Nötigung. Es
treffen also alle Voraussetzungen zu, welche von § 389 des
R.-Str.-G.-B. gemacht sind, und ersucht der Unterzeichnete des-
halb die königliche Staatsanwaltschaft zu Stendal, den Polizei-
kommissar Richard wegen groben Mißbrauchs der Amtsgewalt
anzuklagen.

Hochachtend
Hans Müller, Redakteur.
Magdeburg, den 18. Juni 1890.
Färbenstraße 20.

In
die königliche Staatsanwaltschaft zu Stendal.
Der Unterzeichnete erlaubt sich hiermit der königl. Staats-
anwaltschaft zu Stendal den folgenden Thatbestand zu unter-
breiten und im Anschluß daran das Verlangen zu stellen
gegen den
Polizeikommissar Richard zu Stendal wegen widerrechtlicher
Freiheitsberaubung die Anklage zu erheben.

Am 15. Juni d. J. fand in Stendal im Lokal Vogelgefang
eine öffentliche Versammlung statt, in welcher der Unterzeichnete
ein einziges Mal zur Geschäftsordnung sprach. Ungefähr eine
Stunde nach der Auflösung der Versammlung wurde ihm vom
Polizeikommissar Richard bedeutet, er solle sich legitimiren. Der
Unterzeichnete ließ von dem in Stendal wohnenden Vergolder
Otto Görge, Alle Dorfstraße 34, dem Polizeikommissar Richard
erklären, daß der Unterzeichnete Max Baetge, Arbeiter in
Budau, sei.

Der Kommissar aber bezeichnete Görge als unglaubwürdig
und ordnete hierauf die Sistirung des Unterzeichneten an.

Als derselbe im Bureau des Polizeikommissars angelangt war,
verlangte dieser vom Unterzeichneten abermals, sich zu legiti-
miren. Derselbe kam diesem Verlangen nach, indem er sowohl
auf die „von ihm herausgegebenen, mit seinem Namen versehenen
Volksstimme“ hinwies, als auch einen auf seinen Namen lautenden
Staatsstempel des Benannten vorwies. Der Beamte erklärte
jedoch, daß ihm diese Legitimation nicht genüge, und daß er tele-
graphische Erkundigungen in Magdeburg beim Polizeipräsidenten
einziehen müsse. Der Unterzeichnete verlangte darauf, sofort zu
Protokoll vernommen zu werden, um zu erfahren, weshalb seine
Sistirung angeordnet sei. Der Polizeikommissar weigerte sich
dieser Forderung nachzukommen, indem er bemerkte, daß gegen
seine Person nicht vorläge und daß er seine Sistirung nur an-
geordnet habe, weil er in einer sozialistischen Versammlung als
Redner aufgetreten sei. Nach einigen weiteren Bemerkungen
entließ darauf der Kommissar den Unterzeichneten aus dem
Polizeibureau, ohne daß irgend ein Protokoll aufgenommen wor-
den war. Der Unterzeichnete sieht nun in dieser Handlungsweise
des Polizeikommissars ein Vergehen, welches unter den § 341
des R.-Str.-G.-B. fällt. Derselbe lautet:

Ein Beamter, welcher vorsätzlich, ohne hierzu berechtigt
zu sein, eine Verhaftung oder vorläufige Ergreifung, Fest-
nahme oder Zwangsstellung vornimmt oder vornehmen
läßt oder die Dauer einer Freiheitsentziehung verlängert,
wird nach Vorchrift des § 289, jedoch mindestens mit
Gefängnis von drei Monaten bestraft.

Da, nach dem eigenen Eingeständnis des Polizeikommissars
eine strafbare Handlung vom Unterzeichneten nicht begangen
wurde, so stand ihm auch nicht das Recht zu, irgend eine
Legitimation zu verlangen, viel weniger die, wenn auch nur vor-
übergehende Entziehung seiner Freiheit anzuordnen.

Der Polizeikommissar würde auch wohl nicht daran gedacht
haben, den Unterzeichneten zu sistiren, wenn er in einer konfer-

ativen Versammlung aufgetreten wäre. Es unterliegt keinem
Zweifel, daß der Unterzeichnete nur seiner Freiheit beraubt wurde,
weil er in einer sozialistischen Versammlung gesprochen hat. Da
es nun die Pflicht der Staatsanwaltschaft ist, darüber zu wachen,
daß die verfassungsmäßig garantierte Gleichheit aller Preußen vor
dem Gesetz aufrecht erhalten wird, so erwartet der Unterzeichnete,
daß die königliche Staatsanwaltschaft zu Stendal den Polizei-
kommissar Richard wegen Vergehens gegen den § 341 des
R.-Str.-G.-B. anklagt.

Hochachtungsvoll
Magdeburg-Budau, den 18. Juni 1890. Max Baetge.
Dorotheenstr. 13.
Auf diese Eingaben erhielten, wie die Magdeburger „Volks-
stimme“ mittheilt, die Herren Müller und Baetge folgende
gleiche lauten de Antwort:
In
den Herrn Max Baetge zu Magdeburg-Budau,
Dorotheenstr. 3.

Auf Ihre unter dem 18. Juni dieses Jahres hierher gerichtete
Anzeige wider den Polizeikommissar Richard hierseits, wegen
angeblichen Vergehens in Ante wird Ihnen eröffnet, daß ich es
ablehne, strafrechtlich gegen den Benannten einzuschreiten, weil
derselbe nach dem Ergebnis der stattgehabten Ermittlungen Ihnen
gegenüber lediglich seine Pflicht erfüllt, in keiner Weise aber eine
Ueberschreitung seiner Amtsbeugnisse sich schuldig gemacht hat.
Stendal, den 26. Juni 1890.

Der Erste Staatsanwalt. J. V.: Braumann.
Gegen diesen Bescheid wird nunmehr Beschwerde bei der
Oberstaatsanwaltschaft zu Naumburg eingelegt werden.

Die seltsame Auslegung, welche kürzlich der § 5 des
sächsischen Vereinsgesetzes durch die Polizeibehörde des Städtchens
Reichshaus erfahren hat, ist neuerdings auch seitens der Amts-
hauptmannschaft zu Blauen und ebenso von der Protokoll-
hauptmannschaft bestätigt worden. Es handelt sich dabei um das
Verbot einer Versammlung, in der Herr Dr. Specht-Gotha über
das Thema „Weltanfang und Weltende“ zu sprechen beabsichtigte.
Dieses Verbot wurde begründet durch Bezugnahme auf § 5 des
sächsischen Vereinsgesetzes, auf Grund dessen Versammlungen,
deren Zweck ist, Gesetzesübertretungen oder unsittliche Hand-
lungen zu begehen, oder doch dazu geneigt zu machen, verboten
sind. Man wird nun auch die Entscheidung des Ministeriums
anzusehen.

In der Bergarbeiter-Versammlung zu Bildsloh, die
aufgelöst wurde, schreibt die St. Joh. Ztg.: „Was wir voran-
gehen haben, ist zur Thatsache geworden. Die seitens der Berg-
inspektion IX plötzlich erfolgte Kündigung des derzeitigen Vor-
sitzenden des Reichshausvereins Joh. Müller 42 hat die Gemüther
wieder von Neuem erregt. Die Kündigung erfolgte zufolge
eines Paragraphen der Arbeiterordnung, wonach sowohl die
Inspektion als auch der Bergmann das Recht hat, das Arbeits-
verhältnis nach vorhergegangener 14 tägiger Kündigung zu
lösen. Von diesem Rechte hat die Inspektion ohne nähere Be-
gründung Gebrauch gemacht. Diese Entlassung bildete ein Punkt
der Tagesordnung. Die Versammlung sollte gestern Abend
um 6 Uhr bei Wirth Kron stattfinden. Schon vor 6 Uhr
war das Lokal dicht voll und hatten Leute auf der Straße Platz
genommen, zu welchen sich immer noch neue Trupps gesellten,
welche trotz eines ziemlich starken Regens nicht von der Stelle
wichen. Der Einberufer erklärte im Bureau, daß man mit der
Eröffnung bis 6,30 Uhr warten möge, um welche Zeit er am
vorhergegangenen Tage im Beisein von zwei Jungen zum dritten
Mal die Versammlung angemeldet habe. Eine Bescheinigung
habe er bis jetzt nicht erhalten, da der Herr Bürgermeister nicht
anwesend gewesen wäre. Die erste Anmeldung sei um 9 Uhr
Morgens, die zweite durch einen eingeschriebenen Brief um 2 Uhr
Nachmittags erfolgt. Kurz nach halb 7 Uhr brachte der Ein-
berufer ein dreimaliges „Glück auf!“ auf den obersten Berg Herrn
aus und erklärte die Versammlung für eröffnet. Weiter kam er
nicht, da der inzwischen mit vier Gendarmen erschienene Herr
Bürgermeister Förster, als eine Bescheinigung über erfolgte
Anmeldung nicht vorgezeigt werden konnte, die Versammlung
verbot und zum ruhigen Auseinandergehen aufforderte; des-
gleichen that der Vorsitzende Müller. Auf der Straße bildete sich
nun eine dichtgedrängte Menschenmenge von etwa 700 Berg-
leuten, die sich jedoch auf Aufforderung der bewaffneten Macht
nach und nach ruhig auflöste. Die Auflösung der Versamm-
lung war offenbar nicht darnach angethan, die Gemüther zu be-
ruhigen.“

Ein Geisteskranker fragt in Briefkasten der „Kreuz-Zeitung“
an, aus welcher Schrift man sich am besten über das
Wesen der Sozialdemokratie unterrichten könne! Das läßt tief
blicken.

Nach einer Meldung aus Kaiserslautern ist die Kan-
didatur des Fürsten Bis marck endgiltig aufgegeben und von
den Nationalliberalen beschloßen worden, den Gutsbesitzer Grund-
kirchheimbolden aufzustellen. Von den lebhaften Erörterungen,
welche die erste Mittheilung von der beabsichtigten Kandidatur
des Fürsten hervorgerufen hat, bleibt somit als Rest nur ein
scherzhafter Streit zwischen einzelnen Kartellblättern über die Frage
übrig, ob die Nationalliberalen den Wahlkreis bei der Nachwahl
behaupten oder verlieren werden. Dieser Streit wird insbesondere

das Herz Brenners offenbart, hatte ihr das tiefe
Gefühl des Mannes dargezogen, und es war, auch
sie fühlte sich hungerigen von der hingebenden Liebe
des Mannes. Und als sie ganz genesen war — da feierten
die beiden, die sich wiedergefunden, die wirkliche wahre
Vereinigung. Dann folgten glückliche Jahre. Aber sie
gingen zu bald vorüber, und die Sorgen um das tägliche
Brot kamen. Der Direktor Holmer, der sie beide engagirt
hatte, zahlte nicht. Sie halfen sich mit der Anfertigung der
Klempnerarbeiten elend durch. Dann ging's wieder besser.
Ein Schander erkaufte ihn, als er dann jenes schrecklichen
Tages gedachte. Klara hatte schon länger über Katarrh ge-
klagt, und wirklich setzte ihr der Husten arg zu. Aber eines
Tages, als sie die Garderobe zum Abend packte und ihre
Druck von heftigem Husten durchwühlte wurde, wurde sie
bleich und mußte sich an dem Bettposten halten, um nicht
anzufallen. Brenner sprang hinzu „Was ist Dir? „Nichts“
stöhnte sie. „Wirklich nichts?“ „Nein, laß mich.“
Er ließ sie, aber was er damals nur fürchtete, wurde
bald zur schrecklichen Gewisheit. Sie war schwindsüchtig,
die Krankheit machte schreckliche Fortschritte. Wenn er sie
nur hätte pflegen können. Wenn sie auch nicht gerettet
worden wäre, so hätte er doch ihre Leiden mildern können,
dieses schleichende, zehrende Leiden.

„Mir ist, als wäre ich überfahren worden.“ sagte sie
immer. Und Brenner war es, als würde die letzte Sehne
seiner Thakraft zerrissen, wenn er sie leiden sah und ihr
nicht zu helfen vermochte. Die abendlichen Theile waren in
den letzten Jahren immer kleiner, immer geringer geworden,
dann kam die lange Zeit der Charwoche, in der nicht ge-
spielt werden durfte. Dann die Sommerzeit, in der sie sich
erholen sollte und die sie benutzte, um so oft, wie irgend
möglich, zu spielen. Etwas mehr würde dann doch ver-
dient. Wüster brütete der Schauspieler vor sich hin. Wohin
er schaute, sah er laßes, graues Kleid.

(Fortsetzung folgt.)

Aber wie sollte er ihr helfen? Mit seinem Tagestheil, den
er vier Mal in der Woche empfing, wenn sie überhaupt vier
Mal zum Spielen kamen? Mit den Bilderrahmen, die sie
verfertigten? Niemand kaufte sie Ihnen ab. — Nichts. —
Kein Ausweg. Höhnisch lachte er vor sich hin, er mußte an
den Arzt in Wies denken, der ihn einmal bei Seite nahm
und ihn eindringlich zuredete, sie ins Gebirge ziehen zu lassen.
Dort in der freien Bergluft wäre der einzige Ort, wo
die Kranke genesen könnte. — Gebirge! — Stärkende
Mittel! — Wie wunderschön der Arzt doch sprechen
konnte. Um nur das nackte Leben zu retten und
hin und wieder die Medizin zu bezahlen, mußte er des
Abends Komödie spielen, während sie sich in entsetzlichen
Schmerzen im Bette herumwälzte.

Er hatte während die Faust, daß er nicht im Stande,
sie dem Tode zu entreißen. Wie liebte er sie. Wie war er
ihr dankbar, seit sie ihn näher getreten war. Er forschte
nicht nach ihrer Vergangenheit. Sie nicht nach der seinen.
Er schenkte sich, ihr zu gestehen, daß er Tischlergehilfe gewesen
und nur aus Liebe zu einer Schauspielerin zur Bühne ge-
gangen war. Natürlich wurde ihm seine Geliebte bald
unten, aber das Bühnenleben hatte einmal in ihm Wurzel
gefaßt, er hatte sich eingelebt. So blieb er Schauspieler.
Schlecht und recht, wie es eben ging. Er memorirte
fleißig, kannte seine Rolle stets Wort für Wort. So wurde
er nach und nach auch ohne Talent ein Mann, der zu ge-
brauchen war. Er fühlte, daß es ihm an Bildung gebrach
und stürzte sich mit rastlosem Eifer auf jedes Buch. Er
las und las, ohne Methode. Nach achtjähriger Wirksamkeit
traf er auf Klara. Ihr Talent, ihr tiefes Wissen imponirte
ihm. Sie hatte den ehrlichen, ehrwürdigen Mann gern, sie
wurde seine Lehrerin. Schließlich zogen sie zusammen. Doch
noch trennte sie eine Klüft, die, je länger sie zusammen-
wohnten, desto unüberbrückbarer schien. Die Erziehung,
das Vorleben, die verschiedenartigen Neigungen beider ver-
hinderte die Annäherung.

So ging es, bis ein Zufall sie ganz aneinander
brachte.
Klara hatte sich den Fuß verstaucht und mußte acht
Tage lang das Bett hüten. Diese Zeit hatte ihr

den Herrn Max Baetge zu Magdeburg-Budau,
Dorotheenstr. 3.

von den „Hamb. Nachr.“ auf der einen und dem „Hamb. Korrespondent“ auf der anderen Seite mit wachsender Erbitterung geführt. Der „Hamb. Korresp.“ sieht die Niederlage der Kartellparteien im Wahlkreise voraus und wendet sich gegen die „Hamb. Nachr.“, welche die entgegengesetzte Ansicht vertreten.

Mainz, 7. Juli. Bei der gestern dahier stattgehabten Landesversammlung der hessischen Sozialdemokraten wurden für die demnächstigen Landtagswahlen folgende Kandidaten nominiert: für Mainz: die Herren Hoff-Mainz und Ulrich-Offenbach; für Offenbach: Müller-Darmstadt; für Nüßheim: Ohlig-Heusenstamm; für Ingelheim: Sprenger-Mainz und für Darmstadt-Land: Kramer-Darmstadt.

Königshütte (Oberschlesien), 5. Juli. Die russische Regierung hat jetzt, wie die „Königsb. Ztg.“ meldet, den Kindern derjenigen deutschen Familien, welche jenseits der Grenze wohnen und ihre Kinder in deutsche Schulen in den auf dieser Seite gelegenen Ortschaften, z. B. nach Myslowitz, schicken, verboten, deutsche Schulbücher nach Hause mitzubringen. Mit Recht bemerkt das zitierte Blatt zu dieser deutsch-feindlichen Maßregel, sie lege den Unterricht so ziemlich lahm, da ein gedeihliches Fortschreiten in der Ausbildung nicht gut denkbar sei, wenn die häuslichen Schularbeiten nicht gefertigt werden können.

Aus Sachsen, 7. Juli. Unsere Frommen im Lande sind seit geraumer Zeit ganz besonders rührig, um die Sozialdemokratie mit Hilfe von Kirche und Religion zu tödnen. Allsonntäglich donnern sie von den Kanzeln gegen die verruchte und gottlose Partei, wobei sie ihren Schätzen unsere Bestrebungen in den abgeschmacktesten und für schwache Gemüther abschreckendsten Farben darzustellen lieben. Bleibt die gehätselte Partei dennoch am Leben und gewinnt sie fröhlich neuen Anhang, an unseren Schwarzröden liegt es nicht. Der Bau neuer Kirchen wird mit Vorliebe betrieben um der Ausbreitung der Nothen entgegenzuwirken. Da giebt es z. B. in der Nähe von Großenhain die Dorfschaft Gröbzig, in welcher der frühere Reichstags- und jetzige Landtags-Abgeordnete Niethammer eine große Fabrik besitzt, in der mehrere Hundert Arbeiter beschäftigt werden. Obgleich die irdischen Güter dieser Armen nicht drücken, scheint ihr Chef die Ansicht zu haben, daß die christlichen ihnen nöthiger seien. Auf sein Betreiben hat das Ministerium angeordnet, daß nächstens in allen Kirchen des Landes der Wettsack geschwungen wird, um die Mittel für den Bau einer Kirche in Gröbzig aufzubringen. Herr Niethammer hat zwar auch sein Theil gesteuert, um besagten Zweck zu erreichen, aber so tief mag der vielfache Millionär nicht in denbeutel greifen, um die nicht allzu große Summe aus Eigenem aufzubringen. Er läßt an die Gläubigen im Lande appellieren, damit das Institut geschaffen wird, das seinen Arbeitern lehrt, auf die irdischen Güter zu Gunsten der himmlischen zu verzichten. Erfüllt die Kirche ihren Zweck, so verzinst sie reichlich das Pfund, das Herr Niethammer

für das „Seelenheil“ seiner Arbeiter opfert. Ja, dem Ge rechten muß Alles zum Besten dienen, auch mit der Frömmigkeit macht man ein gutes Geschäft.

Großbritannien.

London, 8. Juli. Die Ruhestörungen in der Bowstreet dauerten den Abend über fort. Gegen 9 Uhr hatte die Menschenmenge dort derart zugenommen, daß sie die ganze Straße füllte. Eine stärkere Abtheilung berittener Polizeimannschaften versuchte die Straße zu säubern, jedoch ohne Erfolg. Es wurden mehrere Personen verhaftet, und eine Anzahl verwundet. Eine Abtheilung Kavallerie mußte den Wagen des Prinzen von Wales, als dieser die der Polizeikaserne gegenüber liegende Oper verließ, begleiten.

London, 8. Juli. (Meldung des Reuter'schen Bureau.) Die Unruhen in der Bowstreet setzten sich bis tief in die Nacht hinein fort; erst heute früh gegen 2 Uhr begann die Menge sich zu zerstreuen. Die berittenern Polizeimannschaften wurden durch Schutzleute zu Fuß ersetzt. Die durch die Volkshäuser angerichteten Zerstörungen sind beträchtlich; viele benachbarte Häuser wurden beschädigt, zahlreiche Fensterscheiben wurden zertrümmert. Die Zahl der verhafteten Personen ist eine sehr erhebliche.

Frankreich.

Paris, 6. Juli. Auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses stand die erste Lesung des vom Senat genehmigten Gesetzesentwurfes, betreffend die Arbeit der Kinder, minderjährigen Mädchen und Frauen in den Fabriken. Nachdem ein Antrag Anard's zu § 1, die Familienwerkstätten, also die Hausindustrie, gleichfalls dem Gesetz zu unterwerfen, abgelehnt war, entwickelte sich ein lebhafter Kampf um die Altersgrenze der Schulpflichtigkeit. Der Artikel 2 lautete in der Regierungsfassung:

Die Kinder dürfen von Meistern nicht vor dem zurückgelegten 13. Altersjahre beschäftigt und eben so wenig in die in Artikel 1 aufgeführten Anstalten zugelassen werden.

Jene Kinder jedoch, welche das vom Gesetz vom 28. März 1882 eingeführte Abgangszeugniß aus der Primärschule (Certificat d'études primaires) besitzen, dürfen vom 12. Altersjahre an beschäftigt werden.

Auf alle Fälle darf kein Kind unter 15 Jahren in die oben genannten Anstalten zugelassen werden, wenn es nicht mit einem ärztlichen Gesundheitszeugniß versehen ist, welches einer der mit der Aufsicht über die kleinen Kinder betrauten Ärzte oder ein Schularzt ausgestellt hat.

In den Waisenhäusern oder in Artikel 1 angedeuteten Wohlthätigkeitsanstalten, in welchen der Primärunterricht erteilt wird, darf die Erlernung eines Berufs oder der Handarbeiten drei Stunden täglich nicht überschreiten.

Graf de Mun befürwortete die Streichung des Absatzes 2, welcher den mit einem Schulzeugniß versehenen Kindern von zwölf Jahren den Zutritt in die Werkstätten gestattet. Wenn

es nach seinem Sinne ginge, so dürften überhaupt Kinder unter 14 Jahren die Werkstätten betreten; er würde jedoch auch mit dem zurückgelegten dreizehnten Jahre das Abgangszeugniß der Primärschule beweisen nur, das Kind aufgeweckt und gelehrt, nicht aber, daß es auch hinreichend entwickelt ist, um eine zehnstündige Arbeit ohne theil für sein ganzes Leben zu ertragen. Wenn Absatz 2 erhalten würde, sägte der Redner hinzu, so würden die Kinder wie in einem Treibhause zur Erlangung des Certificat d'études gedrängt werden, damit sie ein Jahr ihr Brot verdienen könnten. Der Sozialist unterstützte Herrn de Mun und alle Widerrede des richterstatters Waddington half nichts. Gegen die der bei den Mittelparteien des Hauses sich gründenden Manchesterleute wurde der Antrag mit 378 gegen 105 angenommen, so daß jetzt nach Streichung des Absatzes 2 unter 13 Jahren überhaupt nicht in Fabriken beschäftigt dürfen. Nach Annahme des Art. 3 drehte sich die ganze Berathung um einen Antrag des Abgeordneten Chiché, folgende Forderungen aufzustellen:

Die Kinder beiderlei Geschlechts dürfen bis zum vollendeten 14. Altersjahre nicht über 6 Stunden, bis zum 18. Jahre über 8 Stunden täglich arbeiten. Die minderjährigen Mädchen und die Frauen nicht über 10 Stunden.

Balsan empfahl die Annahme dieser Bestimmungen. ungeachtet wurde der Antrag Chiché durch Händeaufheben verworfen.

Spanien.

Madrid, 7. Juli. In den beiden Häusern der Cortes wurde heute ein königl. Dekret verlesen, welches die Cortes derselben suspendirt.

Amerika.

Nach einer Depesche der „Times“ aus Buenos Aires vom 6. dieses Monats ist in dem Salpeterhafen Iquique ein Arbeiterstreik ausgebrochen, in Folge dessen auch die dortigen Handels- und Schiffsverkehr gestört worden. Washington, 7. Juli. Die Meinungsverschiedenheiten in der aus Mitgliedern des Senats und des Repräsentantenhauses gebildeten Kommission über den vorliegenden Entwurf der Zolltarifbill sind nunmehr beseitigt. Die republikanischen Mitglieder der Kommission haben einem Vergleich zugestimmt, nach welchem die Bundesregierung monatlich 450000 Unzen feines Silber kaufen dürfe. Die Schahnoten sind in gemäßigtem Silber lösen und gelten als gesetzliches Zahlungsmittel. Senator man fast den Bericht ab, welcher dem Senat vorgelegt wird. Die Mitglieder der Kommission sind zu einer Versammlung zur Bestätigung obigen Vergleichs einberufen. werden die begünstigten Berichte dem Senate und der Repräsentantenkammer vorgelegt.

Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Montevideo die durch die Weigerung der Nationalbank, ihre Noten gegen einzulösen, hervorgerufene Panik dauere fort. Die Regierung kündete für heute einen Nationalfeiertag, um den Ansturm der Banken zu verhindern.

Theater.

Mittwoch, den 9. Juli.
Ferliner Theater. Gräfin Leg.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Mamsell Ritouche.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Abend-Theater. Heinrich Heine.
Vorher: Eine vollkommene Frau.
Belles Alliance-Theater. Der Nauhilus.
Aroll's Theater. Die Jugenotten.
Rausmann's Varietés. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Englischer Garten.

Direktion: C. Andress, Alexanderstraße 27c.
Auftreten der Kostüm-Soubrette Fräul. Bormont.
Auftreten des Gesangshumoristen Herrn Jonas.
Auftreten der Duettistinnen Geschwister de la Terra.
Auftreten des Tanzomikers Herrn Schmidts.
Auftreten der Jano-Truppe.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 5 1/2 Uhr.
Entree Wochentags u. Sonntags 30 Pf., 60 Pf. und 75 Pf., im Vorverkauf 20 und 30 Pf.
Der Garten ist an Vereine f. Sommerfestlichkeiten m. Spezialitäten-Vorstellung zu vergeben.

Stabliement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Garten-Concert.
Direktion A. Hödmann.
Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
Wochentags 10 Pf.,
Sonn- und Festtags 25 Pf.
Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationsräumen.
Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
Spezial-Ausgang von Pagenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.
Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
641 F. Müller.

Passage 1 Er. 9 Uhr M. 5. 10 Uhr Ab.

Kaiser-Panorama.
Hervorrag. Sehenswürdig. d. Meidens.
Zum ersten Male:
Passionsspiele, Oberammergau und Umgebung.
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
Abonnement 1 M.

Nothabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl.**
Garantirt sicher brennende **Tabake.**
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindlichen Nothabake sind am 1853 Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Gade'schen Markt.

Neue Welt. Bergschlossbrauerei, Hasenhaide. Heute, Mittwoch: 1067

I. Ferien-Kinderfest m. Gratisverloos. Hauptgewinn: Ziegenbock-Gejpann.
Von 4 Uhr ab: **Bouquet, Komiker- und Spezialitäten-Vorstellung.**
Puppentheater. Stangenklettern. Bombenregen. Wettlaufen. Fackelzug.
Entree 15 Pfg., Kinder, die eine Mütze, ein Ge- 10 Pfg.
Morgen: **Parade-, Land-, Wasser- u. Kriegs-Genewerk.**
Eroberung von Kllwa, unter Mitwirkung v. Negern, Matrosen, Arabern etc.

Verband der Vergolder, Goldleisten-Arbeiter und verw. Berufsgenossen.

Am Sonnabend, den 12. Juli 1890, im Victoria-Park, Frankfurter Allee 72:

Gr. Sommerfest.

Program:
1) Konzert. 2) Vorträge. 3) Auftreten berühmter Spezialitäten.
Anfang des Konzertes 5 Uhr. Die Kaffeelücke ist den Damen von 3 Uhr an geöffnet.
Billets à 30 Pf. sind zu haben bei: Peterson, Veteranenstr. 22.
Röpnitz, Schillingstr. 30a; Krohmeyer, Mariannenplatz 13, sowie bei C. Böhl, Frankfurter Allee 74. — Kasse findet nicht statt. 970
Gegen Unbilden der Witterung ist genügend Schutz. Zu zahlreicher Betheiligung ladet freundlichst ein **Das Vergoldungs-Komitee.**

Große öffentliche Versammlung aller Mechaniker und Berufsgenossen Berlins und Umgegend

am Donnerstag, den 10. Juli 1890, Abends 8 Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße Nr. 75 (oberer Saal.)

Tages-Ordnung:
1. Der Stand unserer Bewegung und was gedenken wir noch weiter zu unternehmen? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um starke Betheiligung ersucht
977 Der Einberufer.

Unterstützungsver. Deutsch. Sutmacher

Am Mittwoch, den 9. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11-12:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Delegirten-Wahl zur außerordentlichen Generalversammlung. 2. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
971 Der Vorstand.

Grosse Versammlung des Sozialdemokrat. Wahlvereins für Teltow-Charlottenburg

am Donnerstag, d. 10. Juli, Abends 8 Uhr, in „Bismarck's-Höhe“, Wilmersdorfer-Strasse Nr. 30.

Tages-Ordnung:
1. Die allgemeine politische Lage. Referent: Herr C. Pirch.
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.
Um recht zahlreichen Besuch bittet
978 Der Vorstand.

Achtung Rohrleger!

Da es uns nicht möglich ist, eine genaue Abrechnung vom Anstand der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend feststellen zu können, und zwar aus dem Grunde, weil sich einzelne der Kommissions-Mitglieder trotz wiederholter schriftlicher Aufforderung nicht zu den bestimmten Sitzungen eingefunden haben, so ersuchen wir dieselben hiermit öffentlich, sich am Sonntag, den 20. Juli, Vormittags 9 Uhr, im Lokale des Herrn Zippke, Markstr. 14, Eingang Grüner Weg, einzufinden, widrigenfalls wir die Namen der Betreffenden der Öffentlichkeit preisgeben.
Kommission der Rohrbewegung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend. J. A.: A. Becker. 974

Abrechnung der Vergolder

für den Streik bei der Firma Methlow & Co. vom 25./II. 1889 bis 17./A. 1890.

Einnahme:		
Auf Listen gesammelt	4492,45	
Von den Kollegen aus:		
Köln a. Rh.	270,—	
München	83,50	
Ottensfen	22,—	
Hamburg	88,75	
Darmbeck	30,—	
Stendal	38,—	
Burg	112,05	
Brandenburg a. H.	118,40	
Niederbreisig a. Rh.	88,05	
Paris	52,80	
der Schweiz	144,40	
Magdeburg	5,—	
Fachverein der Vergolder	18,40	
"Vergolderinnen	800,—	
Von anderen Gewerkschaften:	20,—	
Buchdrucker	100,—	
Maurer	80,—	
Bauer	50,—	
Kupferschmiede	50,—	
Weggeher	50,—	
Wäppler	50,—	
Bildhauer	50,—	
Klempner	50,—	
Steinträger	50,—	
Steindrucker und Lithographen	30,—	
Buchbinder u. verwandte Betriebe	30,—	
Gewerbliche Hilfsarbeiter	20,—	
Kartonnarbeiter	20,—	
Rohrleger	20,—	
Stuckateure	20,—	
Korbmacher	20,—	
Tapezire	20,—	
Feilenhauer	20,—	
Summa		8451,95
Einnahme		8451,95
Ausgabe		6253,15
Summa		2198,80

Bestand 2198,80 Mark
Für die so zahlreiche Unterstützung sagen wir allen Kollegen und Freunden unsern Dank.

Die Streik-Kommission der Vergolder.

J. A.: L. Wilsky.
Revidirt und für richtig befunden
969 Die Revisoren.
P. Lin. M. Albrecht

Fachverein der Papierarbeiterinnen und verwandter Berufsgenossinnen.

Am Donnerstag, den 10. Juli, Abends 8 Uhr, bei Frau Landsbergerstraße 37:

Große Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Maskenball. Verschiedenes und Fragekasten.
Gäste, Damen und Herren, haben Zutritt. Der wichtigen Ordnung wegen bitte in den Werkstätten recht rege für diese Versammlung agitieren.
Der Vorstand.

Gdster Langensalzaer Kautabak.

hergestellt nur aus den besten Kentucky-Tabaken; zu haben in den meisten Handlungen Berlins und umliegenden Plätzen.
Unsere Hauptniederlage Stralauerstrasse 39 giebt zu Fabrikpreisen
Gedr. Adler, Tabakfabrik
Langensalza i. Thür.
NB. Jede Kasse muß den Zettel mit unserer Firma enthalten.

Korrespondenzen.

London, den 5. Juli 1890. Zwei interessante Prozesse haben sich in diesen Tagen hier abgespielt. Der eine betrifft einen Fall, ähnlich einem andern, dessen ich bereits in einem früheren Briefe erwähnte. Ein Pferdehändler war von der Südlondoner Tramwaygesellschaft ohne jedes Verhör gebüßt worden, weil er einen Kollegen nicht denunziert hatte, der ihn auf einer eingeleiteten Strecke entgegengefahren war, statt an der Weiche zu warten. Erbittert darüber hatte er den Dienst Knall und Fall quittirt; als er aber seinen rückständigen Lohn verlangte, erhielt er zum Bescheid, daß dieser gemäß den Bedingungen des Arbeitsvertrages verfallen sei. Auch verweigerte der Direktionsbeamte dem Kutscher seine Fahrberechtigungsarte, auf Grund deren allein derselbe eine neue Stelle erhalten konnte, bevor er nicht einen Schein unterschrieben, daß er keinerlei Anspruch mehr an die Gesellschaft habe. Das mochte der Kutscher nicht, um sich seines Rechtes nicht zu begeben, sondern verklagte die Gesellschaft auf Zahlung des fälligen Lohnes, Herausgabe der Fahrberechtigungsarte und Entschädigung für die Zeit, während deren er infolge der Zurückbehaltung derselben verhindert worden sei, eine neue Stelle zu suchen.

Schon als der früher gemeldete Fall vor dem Richter kam und der Vertreter der Gesellschaft den Kontakt vorwies, den der Kläger (in jenen Fällen ein Konduktur) beim Eintritt unterschrieben, und durch den derselbe u. a. der Gesellschaft das Recht räumte, ihn jeden Augenblick zu entlassen, seinen Lohn zurückzubehalten u. während er sich zur Innehaltung einer wöchentlichen Kündigungspflicht verpflichtete, hatte der Richter entrüstet ausgerufen: „Ich denke, wir leben hier in einem freien Lande.“ Und auch diesmal unterließ es der Richter Powell vom Lambeth County Court nicht, seiner Meinung über diese Art von „freien“ Arbeitsverträgen in der entschiedensten Weise Ausdruck zu geben. Er sagte, und wen es bei Ihnen angeht, der mag es sich ad notam merken:

„Es ist im höchsten Grade skandalös und un- gerecht. Schlimmere Sagenungen habe ich nie verlesen hören. Als sie verlesen wurden, meinte ich, wir seien in den Südstaaten, zur Zeit, wo die Sklaverei noch bestand. Es macht mein Blut kochen, wenn ich daran denke.“

Leider hatte der Advokat der Gesellschaft einen Präzedenzfall aufgefischt, wonach von zwei höheren Richtern ein gleicher Vertrag für bindend erklärt worden war, und so war Richter Powell gezwungen, auch hier die Klage, was die zurückbehaltenen Löhne anbelangt, zurückzuweisen. Zum Glück gab es jedoch für die zurückbehaltenen Fahrkonzession noch keinen Präzedenzfall, und in Bezug auf diese verurtheilte der Richter die Gesellschaft, sie dem Kutscher sammt der geforderten Entschädigung auszuliefern. Das Erkenntnis ist ein schönes Denkmal ausgeprägter Gerechtigkeits- gefühl; es heißt darin u. A.: „Das das (zurückbehaltenen) Geld anbelangt, so bin ich der Meinung, daß die Statuten — besonders die, welche bestimmen, daß der Direktor der Gesellschaft allein über die Zurückbehaltung von Löhnen zwischen diesen und jenen Beamten entscheidet, und daß sein Entscheid vor allen Gerichts- höfen bindend sein soll — so parteiisch, willkürlich und ungerecht, daß ich sie für ungültig erklären würde, wenn ich dazu in der Lage wäre.“ Aber durch den Präzedenzfall seien ihm die Hände gebunden.

Die hebt sich diese Sprache von derjenigen ab, welche zur Zeit bei den deutschen Gerichtshöfen Sitte ist.

Der zweite Gerichtsfall ist für die Frage des freien Ver- sammlungsrechts von Bedeutung. In Whitchurch, einem Städtchen in der Grafschaft Hampshire, hatte die Heilsarmee im vorigen Sommer viel unter Chitanen von Seiten der Polizei zu leiden. Es kam wiederholt zu Konflikten zwischen dieser und den Heilsarmeeleuten, und schließlich wurden eine große Anzahl der letzteren wegen Widersprechlichkeit vor Gericht gestellt und verurtheilt. Gegen diese Verurtheilungen berief die Heilsarmee hundertseits ein großes Protestmeeting ein, das am 14. Oktober 3. J. auf dem Marktplatz von Whitchurch stattfand und von über 3000 Personen besucht war, so daß der Wagenverkehr und so weiter allerdings auf eine Weile unterbrochen wurde. Dadurch sollten sich die Veranstalter des Meetings einer strafbaren Störung des Verkehrs sowie einer „common nuisance“, was man wohl am besten mit „grober Anflug“ übersetzt, schuldig gemacht haben. Anfang dieser Woche nun kam die Sache vor dem hiesigen Queens Bench Gerichts- hof, der als Obergericht fungirt, zur Entscheidung. Lord Ober- richter Coleridge präsidirte. Die Verhandlung war auch insofern nicht uninteressant, als sie der kleinstädtischen Polizei Gelegenheit gab, sich in ihrer ganzen Glorie zu zeigen. So wollte der Polizei- inspektor Bowler von Whitchurch auf den Inhalt der gemein- schaftlichen Rede des Hauptredners eingehen, wurde aber vom Obergericht mit der Erklärung unterbrochen, was denn der In- halt der Reden mit der Anklage auf Störung des Verkehrs zu thun habe. Er kam aber doch bald wieder auf das Thema zurück und meinte, ein Mann habe auch vom Sozialismus gesprochen, und habe schauerhafte Dinge geäußert. Er habe über die Richter und die Polizei gesprochen. „Ist das der schauerhafte Sozialis- mus?“ rief der Advokat der Angeklagten dazwischen. „Sie hätten ihn nur hören sollen“, antwortete der Richter, „er sprach gegen alle Ordnung und Gesetz.“ Zu seinem nicht geringen Erstaunen etzten diese Worte statt allgemeiner Entrüstung allgemeine Seltsam- keit hervor.

Schließlich erklärte der Obergericht, eine unbedeutende oder vorübergehende Störung des Verkehrs bildeten kein strafbares Ver- gehen. Diese Dinge müßten, wie Lord Ellenborough gesagt habe, mit Sinn und Verstand beurtheilt werden, das Publikum müsse Gerechtigkeit üben. Ein Wagen oder ein Bierwagen bildeten in einer engen Straße zweifelsohne eine Verkehrsstörung, und wenn die stundenlang dieselbe befehten, könnte dies sogar zu einer Ver- zerrung führen; sonst aber keineswegs, das Publikum müsse kleine Unbequemlichkeiten in den Kauf nehmen, ohne dies läme die Welt nicht vorwärts. Der Vertheidiger der Angeklagten habe hervor- gehoben, daß es denselben fern gelegen habe, eine Störung zu ver- ursachen, daß jedoch in einem so kleinen Ort, wie Whitchurch, eine Ansammlung von über tausend Menschen dieselbe unvermeid- lich mit sich bringe. In dem habe er hinzugesagt, sie hätten ein Recht gehabt, dort zu sein, und das hätten sie aller- dings benützt; die bloß zeitweilige Störung, die sie verursacht, bilde kein strafbares Vergehen.

Und demgemäß erkannte auch die Jury. Ohne sich erst von ihren Sitten zurückzuziehen, sprach sie die Angeklagten frei.

Wenn man berücksichtigt, daß jedes Mal, wenn die Londoner Polizei eine Versammlung oder einen Umzug inhibirt, sie sich mit der Rücksicht auf den Verkehr zu dessen Sucht, wie das erst neulich wieder gegenüber dem Protestmeeting gegen die Schantlitzenz- Entschädigungen geschah, so wird man die Bedeutung dieses Erkenntnisses unschwer einsehen. Es steht im entschiedensten Wider- spruch mit der Praxis der Handlanger des Herrn Matthews.

Es scheint auch seine Wirkung schon ausgeübt zu haben, denn der Herr Bradford, der neue Londoner Polizeichef, hat dem auf

heut einberufenen Protestmeeting bzw. Protestkundung gegen- über ein ganz anderes Verfahren eingeschlagen wie sein Vorgänger. Er hat kein direktes Verbot erlassen, sondern nur Maßregeln zum Schutz des Verkehrs angeordnet und das einberufende Komitee von denselben in Kenntniß gesetzt. Ich muß hier einen Irrthum berichtigen, der mir, infolge unrichtiger Zeitungsnachrichten, in meinem letzten Brief unterlaufen ist. Nicht eine vom Nationalliberalen Klub eingesezte, sondern eine im Nationalliberalen Klub zusammengetretene Kommission, bestehend aus Mitgliedern verschiedener Vereine, u. A. auch des genannten Klubs, hat die Protestbewe- gung in die Hand genommen. Die Gladstone'sche Partei als solche hatte mit derselben nicht nur offiziell nichts zu thun, ihre Organe haben sich vielmehr ihr gegenüber theils direkt abwiegelnd, theils sich höchst lau verhalten. Von dieser Seite hinderte nichts die Polizei, eine zweite Auflage der Trafalgar-Square-Knapperei aufzuführen. Aber das seinerzeit als „starke Regierung“ an's Ruder gelangte Ministerium hat so jeden Halt verloren, die Po- lizei ist ihrer eigenen Leute so wenig sicher, daß auch auf dieser Seite nichts weniger als Kampfeslust herrscht. So konnte das Meeting und der Umzug programmäßig stattfinden. Trotz über- aus ungünstiger Witterung haben sich zur festgesetzten Zeit gegen 2000 Menschen auf Clerkenwell Green eingefunden, die nach kurzen Ansprachen der Herren Saunders (radikales Parlaments- mitglied), sowie die Sozialisten Dr. Ed. Aveling und John Williams, im Zuge unter Abhingen der Marcellaife zc. zum Hyde-Park marschirten. Der ganze Weg war mit Polizisten besetzt, die sich im Ganzen gut verhielten; nur an den Stellen, wo der Zug Verkehrsstraßen kreuzte, erwarteten die dort postirten Polizisten — wahrscheinlich ausgefuchte Leute — die Kutscher, durch den Zug hindurchzuführen. Doch entweder waren diese von selbst so vernünftig, davon abzustehen, oder sie wurden von Mitgliedern des Zuges davon abgehalten. Ohne jede ernst- hafte Störung wurde bei strömendem Regen Hyde-Park erreicht, und nachdem von drei Plattformen herab kurze Ansprachen ge- halten worden, einstimmig eine Resolution beschlossen, welche gegen jede Einschränkung des Rechtes der freien Versammlungen und Umzüge, das ein Schutz gegen Tyrannei und Ungerechtigkeit sei, protestirt, der Entschluß der Versammelten ausgedrückt, allen dahingehenden Versuchen Widerstand zu leisten, und verlangt, daß die Regelung der Umzüge den direkten Vertretern des Volkes übertragen werde.

Am Montag wird sich das Komitee darüber schlüssig machen, ob, nachdem die Polizeiverwaltung durch ihre Verfügung still- schweigend das Recht der freien Umzüge anerkannt, zur Zeit noch eine weitere Aktion notwendig sei, oder ob man sich mit dem festgestellten Präzedenzfall begnügen und von jeder weiteren Aktion vor der Hand absehen soll. Wahrscheinlich wird die letztere Ansicht obliegen.

Die **Lohnbewegung unter den Polizisten** ist in's Stocken gerathen. Nachdem Herr Bradford die Leute hat wissen lassen, daß ihre Wünsche in „wohlwollende Erwägung“ gezogen werden sollen, haben sie sich dazu verstanden, einstweilen auf Fortsetzung der öffentlichen Agitation zu verzichten. Dagegen geht die Bewegung unter den **Polizeibeamten** in hohen Bogen und die Eventualität eines Briefträger- Streiks rückt immer näher. Herr Raikes, der General-Postmeister, hat durch sein System der Spitzerei und Maßregeln genau das entgegengesetzte Resultat von dem erzielt, was er beabsichtigte. Die Union der Postleute nimmt rapide an Mitgliedern zu, und die Mißstimmung ist so groß, daß sie am Mittwoch Abend zu einer Demonstration führte, wie sie unabweisbar nicht gedacht werden kann. In diesem Abend wurde im South Kensington-Museum das Jubiläum des Penny-Posttarifs gefeiert. Dazu hatte Herr Raikes eine großartige Loyaltätsfeier ausgedacht. Um zehn Uhr Abends sollte die Herzogin von Edinburgh, eine Schwiegertochter der Königin, auf einen Telegraphenknopf drücken und alsdann in allen Telegraphenstationen des Reichs ein begeistertes Hoch auf die Königin ertönen. Was geschah aber? Auf der Zentralstation in London, wo über 2000 Leute angestellt sind, herrschte, als der Stationsvorsteher auf das verabredete Zeichen das Hoch aus- brachte, zuerst eisiges Schweigen und dann brach ein allgemeines Wischen und Grinsen aus und Ausrufe „Nieder mit Raikes“, „Fort mit Raikes“ zc. ertönten. So etwas — eine wahre Rebellion — war an dieser Stelle bisher noch gar nicht dagewesen, man kann sich daher leicht vorstellen, welches Aufsehen die Sache gemacht hat. Da aber gleichzeitig mit dem Bericht hierüber auch die Nachricht von einem neuen Rekrutgericht, das Herr Raikes veran- staltet, in die Presse kam, lauteten die Kommentare des Publi- kums vorwiegend zu Gunsten der Leute und gegen den nach oben seroil und nach unten annähernden Chef. Diese Stim- mung ist durch am Freitag erfolgte Entlassungen (darunter ein Mann, der über 20 Jahre im Postdienst ist) noch verstärkt worden, die große Masse des Publikums sympathisirt mit den Postleuten, deren Bezahlung wirklich eine schreiend ge- ringe ist und die Bewegung für Aufbesserung vollaus rechtfertigt. Von allen Seiten erhalten die Leute Aufforderungen zum Aus- harren, und es ist sehr wohl möglich, daß das Ende des Kon- fliktes der Abtritt des Herrn Raikes sein wird. Jedenfalls würde sich, falls es zum Streik kommt, die Unzufriedenheit des Publikums weit mehr gegen ihn als gegen die Streiter richten.

Den letzten Mittwoch wird sich die Regierung überhaupt schwarz angestrichen haben. Er brachte ihr eine noch viel **fatalere Enttäuschung**. Ein Mitglied der liberalen Unionisten- gruppe, Gaine, hatte, aus Wuth über die Einbringung der Schantlitzenzvorlage und die übrigen Ungeheuerlichkeiten der Re- gierung, seiner Partei die Heresefolge getündigt und sein Mandat niedergelegt. Er wollte als unabhängiger oppositioneller Liberaler von Neuem kandidiren. Die Tories stellten ihm einen Gegen- kandidaten gegenüber, und der Führer der liberalen Unionisten, Lord Harington, der in dem betreffenden Wahlkreis sehr großen Einfluß besitzt, forderte die Wähler auf, für diesen zu stimmen. Im Hauptquartier der Gladstonier war man über- wiegend der Meinung, es sei am besten, seinen dritten Kandidaten aufzustellen, aber die Liberalen am Ort dachten anders und stellten Herrn Gaine einen unverfälschten Gladstonianer gegenüber. Bei dem hiesigen Wahlsystem, wo das relative Mehr entscheidet, galt danach der Sieg des Konservativen so gut wie sicher. Nichts ihm schien Herr Gaine, für den die in jenem Bezirk sehr starken Temperenzler eintraten, die meisten Aussichten zu haben. Statt dessen trat das Unerwartete ein, der Gladstonianer, ein ganz junger Mensch, erhielt die größte Stimmenzahl und zieht als Sieger in's Parlament ein. Damit ist die Regierungsmehrheit, die 1886, nach dem Ausgang der Hauptwahl, 116 betrug, auf 80 zusammengeschnitten. Und auch diese Zahl ist nur nominell, denn es liegen noch manche Leute in den Reihen der Unionisten, die gleich Herrn Gaine denken. Die Gladstonianer sind im siebenten Himmel. „We sweep the country“ — wir machen kehraus im Lande“, jubelte am Donnerstag die „Daily News“. Die Anhänger der „starken Regierung“ aber lassen die Flügel hängen und jammern nur noch über die bevor- stehende „Somarchie“ — die „All-Herrschaft des G. D. M.“ — „Grand Old Man“ Gladstone. In dem mögen nur erst Herrn Glad- stone wieder an's Ruder lassen, dann wird es sich zeigen, daß auch seine Wäune nicht in den Himmel wachsen.

Ueber den siegreichen Kampf der Gasarbeiter in Leeds hat das „Berl. Volksblatt“ bereits nach den Tages- meldungen berichtet, ich sehe daher von einer Rekapitulierung der Vorgänge ab. Es war die reine Hamburgerei, ein von langer Hand vorbereiteter und in raffinirter Weise in's Werk gesetzter Ausschluß. Um so erfreulicher, daß der Handstreich so erfolgreich zurückgeschlagen wurde. Möchte es doch ähnlichen Unthäten ebenso ergehen.

Herr Gilles-London bittet uns um Aufnahme folgender Berichtigung:

„In Nr. 151 Ihres Blattes bringen Sie eine London, den 29. Juni, datirte Korrespondenz, welche mich in mehreren, mich betreffenden Punkten zu sachlichen Richtigstellungen nöthigt.“

1. Die im verfloffenen Winter gebildete „Internationale Ar- beiterliga und Föderation“ steht zu der Hyndman'schen „Social- demokratischen Föderation“ in keinen anderen Beziehungen, als wie zu allen übrigen Arbeiterorganisationen Londons; sie hat eine Verständigung mit dem Dr. Aveling'schen „Zentralkomitee für den gesetzlichen Achtstundentag“ ernstlich gesucht, indessen ohne Erfolg, weil Dr. Aveling und seine Freunde darauf bestanden, eine neue Arbeiterwahlpartei zu gründen, obwohl deren hier bereits vier bestehen, von denen drei gleichfalls den gesetzlichen Achtstundentag erstreben.

2. Als prov. Sekretär der „Internationalen Arbeiterliga und Föderation“ war ich in den letzten Monaten so sehr von der englischen Arbeiterbewegung in Anspruch genommen, daß mir zu meinem Leidwesen die gegen den Berichterstatter des „Petit Journal“ gerichtete Erklärung Liebknecht's in der That entgangen ist. Nun aber war ich von der „Justice“ öffentlich aufgefordert worden, mich über das fragliche „Interview“ zu äußern. Ich that das in einer Zeitschrift, deren Inhalt in Ihrer Korrespondenz keines- wegs richtig dargestellt ist. So wäre z. B. das von mir im Engli- schen gebrauchte „speak“ mit „sprechen“, aber nicht mit „schwächen“ zu übersetzen gewesen. Ferner ist verschwiegen, daß ich in dem Schreiben wiederholt meinem Zweifel darüber Ausdruck gegeben habe, daß Liebknecht die ihm zugeschriebenen einseitigen Äuße- rungen wirklich gethan habe. Außerdem verwies ich auf die Kongreßbeschlüsse von Wieders, Kopenhagen und St. Gallen, in- dem ich hinzusetzte, daß eine etwaige Aenderung des Partei- programm nur durch einen neuen Parteikongreß erfolgen könnte; ich sei aber überzeugt, daß auf einem solchen von dem, auf den genannten früheren Kongressen eingenommenen Standpunkt nicht abgewichen werden würde.“

Lokales.

Die letzten Tage des vergangenen Monats haben mit ihren Wohnungsänderungen die Völkerwanderung eingeleitet, die seit vielen Dezennien, am 1. Oktober sich vollziehen wird. Ver- hältnismäßig wenig wird von den Miethern und am wenigsten von denen gefündigt, die kleine Wohnungen innehaben und auch solche nur wieder mietzen können. Wenn die Mängel der bisherigen Wohnung nicht gar zu arg sind, so werden sie ertragen, weil es noch ungewiß ist, ob eine neu zu beziehende Wohnung, wenn auch nicht die gleiche aber vielleicht noch unangenehmere haben wird.

Ein Wohnungsmangel ist dieses Mal nicht vorhanden, wie um die vielen Vermietungszettel an den Thorwegen verstanden. Abgesehen von den großen und Mittelwohnungen, an denen Ueberfluß zu sein scheint, fehlt es auch keineswegs an kleinen, von welchen, wenn nicht alle Anzeigen tragen, eine ziemlich An- zahl keinen Miether zum 1. Oktober finden wird. Wenn aber irgendwo, so hier, macht sich der Irrthum bemerkbar, welcher in dem Sage, daß Angebot und Nachfrage den Preis bestimme, ent- halten ist. Man hat zwar von keinem Trust oder Ring oder einer Verabredung der Hausbesitzer gehört, die den Zweck hat, eine allgemeine Steigerung der Wohnungsmietzen eintreten zu lassen, die Hauswirthe sind sich jedoch ihres vortheilhaften Ver- hältnisses den Miethern gegenüber zu sehr bewußt, um dasselbe nicht nach Möglichkeit auszunutzen. Die seit Jahren andauernden Mietzsteigerungen haben den Wohlstand der Wirthe dermaßen erhöht, daß der Schaden, welcher ihnen aus einer nicht ver- mieteten Wohnung erwächst, leicht ertragen werden kann, auch durch andere von ihnen theurer vermieteten Wohnungen aus- geglichen wird.

Die meisten Kündigungen sind daher nur zum Zwecke der Mietzsteigerung erfolgt, und viele derselben Leute, die jede höhere Lohnforderung der Arbeiter gar sehr genau auf ihre Ver- rechtigung zu prüfen verlangen und sich dabei als die allein be- rechtigten Richter ergeben, übersehen mit einem Male, daß auch ihre Mehrforderung auf ihre Verrechtigung geprüft werden müßte. Weder die konservative, nationalliberale noch freisinnige Presse läßt auch nur den leisesten Anflug einer Mißbilligung laut wer- den und viele deutsche Behörden, welche bei jedem Mehransprüche der Arbeiter denselben, wenn auch nur indirekt, hindern ent- gegenzutreten, nehmen nicht, wie es scheint, die geringste Kenntniß von der Erhöhung der Mietzpreise. Der Wucher wird mit Aus- nahme der Wucherer von allen Volkstheilen für unehrenhaft und schädig gehalten und von den Gerichten hart bestraft. Es macht keinen Unterschied, ob für ein Gelddarlehn zu hoher Gewinn ge- nommen oder für Vieh, das dem Landmann aus Kredit gegeben worden, ein übermäßig hoher Preis bestimmt wurde, wem nach- gewiesen werden konnte, daß dem Darlehner die Nothlage des Darlehensnehmer bekannt war. Ganz genau dieselben Merkmale des Wuchers haben die Mietzsteigerungen der Hauseigentümer, welche ebenfalls die Nothlage anderer ausnützen, um durch nichts gerechtfertigte Gewinne einzuharsten.

Der Schaden, welcher dem Volkswohlstand durch den Wohnungswechsel zugefügt wird, ist ein ganz erheblicher und trägt nicht wenig zur allgemein zunehmenden Verarmung bei. Es ist eine bekannte Redensart, daß ein dreimaliger Wohnungswechsel ebenso verderblich wie ein Abbrennen ist, und in der Wirklichkeit wird diese Redensart nicht allzu weit von der Wahrheit entfernt sein, denn es kommen nicht allein die Umzugskosten und die nicht zu vermeidenden Beschädigungen der Möbel in Betracht, sondern auch die Auflösung von Geschäftsverbindungen, die anzu- knüpfen so schwer sind. Nicht minder erheblich ist der moralische Nachtheil, der aus dem fortwährenden Wandern erwächst, es trägt nicht zum Wenigsten dazu bei, daß sich die Hausgenossen fremd gegenübersehen. Es wird soviel über mangelhafte Erziehung der Kinder gesagt, so weit diese Klage berechtigt ist, trägt der Wohnungswechsel nicht unerheblich dazu bei, denn kaum ist ein Kind dem anderen näher getreten, so findet schon wieder die Trennung statt, die Entwidlung zur Freundschaft ist nicht möglich.

Dies sind Momente, welche Gemeindevorstand wie Regierung ernst in's Auge fassen sollten. Die Hoffnung dazu ist sehr gering. Die preussische Städteordnung bezeugt die Hausbesitzer der- maßen, daß diese in der Stadtverordnetenversammlung die Mehr- heit haben müssen, und da heute der Egoismus als eine Tugend gepriesen wird, der die Menschheit jeden Fortschritt zu danken haben soll, so wird man von jenen Männern nicht erwarten dürfen, daß sie untugendhaft seien, und dem Egoismus entsagen.

...sagen, bei diesem Zirkular aber finden wir, daß Anstand und Bildung bei Ihnen verloren gegangen sind, oder sollten Sie diese beiden Requisiten eines Mannes nicht gehabt haben? Nun, wie es in den Wald hineinfallt, so fällt es wieder heraus. Herr Scherl führt nun 6 Punkte an, dieselben sponetiv mit den Worten einleitend: 1. Es ist unwahr u. s. w. 2. Es ist unwichtig u. s. w. 3. Es ist unwahr u. s. w. 4. Es ist unwichtig u. s. w. u. s. w. Bei allen diesen Punkten leugnet Herr Scherl mit einer Unerschrockenheit alle die Thatsachen, welche uns zwangen, die Arbeit niederzulegen. Wir möchten doch fragen, ob Herr Scherl denn nicht die Schamröthe in's Gesicht gestiegen ist bei Abfassung dieses Pamphlets. Für Herrn Scherl scheint das Wort „Wahrheit“ ein sehr relativer Begriff zu sein. Zu dem demnach zu erlassenden Flugblatt werden wir dieses Verzeichnis von Unwahrheiten veröffentlicht und den Berliner Arbeitern nochmals Gelegenheit geben, diese saubere „Total-Anzeige“ Gesellschaft kennen zu lernen.

Zum Schluß erklärt Herr Scherl, daß die Agitation gegen ihn lediglich auf die Antriebe von circa 10 ausstehenden Sehern zurückzuführen ist. Dazu erklären wir, daß sämtliche Seher, welche in den Streit eingetreten sind, eine Kommission gewählt haben, welche bis zum 1. Oktober unsere Sache gegen den „Total-Anzeige“ führen wird. Hinter diesen unseren Austraggebern stehen aber noch circa 17 000 Kollegen in ganz Deutschland und ferner die Berliner Arbeiterschaft, also jedenfalls eine Macht, gegen welche Herr Scherl sich doch sehr klein vorkommen muß. Dieses vorläufig zur Aufklärung.

Die ausstehenden Seher.

J. A.: Die Kommission.

Zum Kapitel Fleischermeister und Fleischergefelln wird uns aus Waldenburg, den 6. Juli, geschrieben: Und so wären sie wieder einmal bei einander, die Korporation des Fleischerverbandes, um zu beraten, wie man den Gesellen, die anfangen Menschen sein zu wollen, den Daumen aufs Auge drücken kann. Die Fleischergefelln gehörten bisher noch zu den armen Arbeitern, unter welchen der Geist der modernen Arbeiterbewegung am wenigsten Wurzel gefaßt hat. Das scheint endlich auch anders werden zu sollen, sonst würden die Herren Fleischermeister, dieses Progenitum par excellenciam, auf ihrem vorigen Wege in Schwärze abgehallenen Verbandstag nicht so eifrig beraten haben, wie man die Gesellen den Klauen der Sozialdemokratie entziehen könne. Referent über diesen Punkt war der Fleischermeister Steinhauer aus Hamburg. Seinem Referate zufolge hat sich ein Teil der Fleischergefelln „bedauerlicherweise“ bereits der Sozialdemokratie angeschlossen und das sei doch nach ihm entsetzlich, fernermaßen die bösen Beispiele leicht gute Sitten verderben.

Das patriarchalische Verhältnis zwischen Meister und Gesellen, das bisher im Fleischergefelln bestanden habe, drohe immer mehr zu verschwinden, klagt Herr Steinhauer. Die Gesellen verlangten immer höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, die Gesellen begannen also an reinen Lohnarbeitern herab zu sinken (sic!). Sogar von den Arbeitsbüchern und all den anderen patriarchalischen Einrichtungen, welche bekanntlich so hübsch dazu eingerichtet sind, die Gesellen unter der Fuchtel der Meister zu halten, wollten sie nichts mehr wissen.

Das höchste Maß der Verderbnis sieht aber Herr Steinhauer darin, daß ein Teil der Fleischergefelln in Hamburg einen „sozialdemokratischen“ Fachverein gegründet hätten und mit der Absicht umgehe, einen Fleischergefelln-Verband über ganz Deutschland ins Leben zu rufen. Dem müsse man entgegenwirken. In Hamburg hat man mit Hilfe der Behörden glücklich über die Bestrebungen der Arbeiter gesiegt. 881 Gesellen hätten einen Revolver unterschrieben, dem Fachverein nicht beizutreten, wogegen die Meister sich verpflichtet, keinen Gesellen anzunehmen, der dem Fachverein angehöre. Es gehe doch unumgänglich, daß Meister mit Gesellen, die sozialdemokratischen Bestrebungen huldigten, an demselben Tische saßen. Der Meisterverband müsse diesen Bestrebungen mit aller Energie entgegenreten.

In diesen Reueerungen des Hamburger Fleischermeisters treten all die bornierten sozialen Auffassungen des Innungsbruders, aber auch der Haß des voreingenommenen Unternehmers gegen den selbstbewußten Arbeiter zu Tage. Der Innungsbruder begreift nicht, daß das von ihm gerühmte patriarchalische Verhältnis zwischen Meister und Geselle nur die Hülle für ein reines Herrschaftsverhältnis ist, wie es sich bis jetzt nur infolge der Kleinbürgerlichen Produktionsweise im Fleischergefelln noch aufrecht erhalten konnte. Dieses schwindet infolgedessen durch die Veränderungen, die das Fleischergefelln zunächst in den Großstädten durch die Errichtung der Vieh- und Schlachthöfe erleiden hat, die ihm mehr und mehr den Charakter des Fabrikbetriebes aufdrücken. Das weitere besorgt der Geist der Arbeiterbewegung, der überall Boden faßt, wo Lohnarbeit vorhanden ist.

Der Fleischergefelln braucht nicht erst zum Lohnarbeiter herabzusinken, wie Herr Steinhauer sagt. Er war trotz der Patriarchalität, in welcher er bisher lebte, nichts anderes als Lohnarbeiter. Er fühlt sich heute nur mehr als Arbeiter, denn als Knecht oder Diensthote, als welcher er sich hauptsächlich bis jetzt betrachtete, weil er beginnt, sich als Mensch zu fühlen. Darin liegt das Geheimnis für das veränderte Verhältnis der Fleischergefelln zu ihren Meistern, das den ersteren sozial kopfzerbrechen macht.

Auch die Fleischererei wird immer mehr kapitalistisch betrieben. Der Konkurrenzkampf wird immer heftiger, er verliert das alte patriarchalische Verhältnis seiner alten gemäßigten Seite, soweit sie noch bestand, und der reine Klassencharakter, der Klassengegensatz zwischen Meister und Geselle, kommt immer schärfer zur Geltung.

Der brutale Unternehmerrandpunkt tritt in ganzer Nacktheit in dem Bestreben der Innungsmeister hervor, ihren Arbeitern das Recht der Organisation zu wehren und jeden auf die Strafe zu verweisen, der von diesem Recht Gebrauch macht. Herr v. Stamm kann nicht junkerlicher als Großindustrieller auftreten, als es hier der kleinste Innungsmeister thut. Ihm ist der Arbeiter nur Leben des Werkzeug, er soll keinen anderen Willen, als den seines „Herrn“ haben. In diesem Verlangen begreift sich das Unternehmertum aller Grade, ob Großindustrieller, der über tausende von Millionen Vermögen kommandiert, oder Kleinbürgerlicher Innungsmeister, der am Hungertode nagt.

Und wie sich's im Klassenhaat geizt, ergreift das Beamten-tum für die Unternehmer gegen die Arbeiter Partei. Wie Herr Steinhauer mit großer Genugthuung von den Hamburger Behörden rühmt, wiederholt sich ähnlich fast überall.

Entsprechend den Ausführungen des Hamburger Fleischermeisters faßt der Verbandstag eine Resolution, in welcher voll der Geist zum Ausdruck kam, der heute das Unternehmertum gegen die Arbeiterklasse befeuert. Da heißt es in der angenommenen Resolution:

„Der Verbandstag erklärt: In allen Städten, wo sich Fleischergefelln-Fachvereine auf Grund sozialdemokratischer Ideen bilden, ist zunächst durch belehrenden Einfluß einzukommen. Wenn dies ohne Erfolg bleibt, dann sind die betreffenden Gesellen, unter Entziehung des Verbandsbuches, aus der Arbeit zu entlassen und die Namen der betreffenden Gesellen durch das Verbandsorgan zu veröffentlichen. Ferner ist auf alle Nachbarninnungen einzuwirken, daß Gesellen, die einem solchen Fachvereine angehören, nicht in Arbeit genommen werden. In allen Städten sind Vereinigungen, wie sie bereits als „Gesellenbrüderschaften“ bestehen, zu pflegen. Die Gründung solcher Vereinigungen sind auf Grund der Gewerbeordnung zu begünstigen. Bei ausbrechenden Arbeitseinstellungen sollen sich die benachbarten Innungen nach Kräften bestreben, um die Arbeitseinstellungen möglichst schon im Keime zu ersticken.“

Also auch hier richtet sich die Hauptgegnerschaft der Unternehmer gegen die Organisation der Arbeiter. Diese ist ihr der Dorn im Auge, sie zu zerstören oder unumgänglich zu machen

erscheint ihr als die vornehmste Aufgabe, von deren Gelingen ganz wesentlich ihr Sieg abhängt.

Das Bürgerthum hat, solange es im Kampfe mit der Staatsgewalt sich befindet, in der Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit eines seiner wichtigsten Rechte erkannt und für die Verwirklichung derselben gestritten.

Auch heute noch muß es diese ererbten Rechte gegen die Arbeiterklasse in seinem Interesse ausüben. Aber wehe, wenn diese dasselbe verlangt. Was ihm Recht scheint, erscheint ihm bei jener Unrecht und Ufurpation und kein Mittel ist ihm zu niedrig oder zu gemein, um der Arbeiterklasse seinen Gebrauch unmöglich zu machen.

Um so mehr ist es Sache der Arbeiterklasse, dasjenige hoch zu halten, was die Unternehmerklasse bei ihr am meisten haßt, weil es sie am meisten fürchtet, eine kampffähige Organisation.

Die Schaffung einer guten Organisation sei die Antwort, welche die Fleischergefelln ihren unterdrückungslustigen Meistern gegenüberstellen.

Versammlungen.

Eine öffentliche Versammlung der Schrauben- und Fadendreher tagte am Montag Abend unter dem Vorsitz des Herrn Girsch in Reuer's Lokal, Alte Jakobstr. 88. Als Hauptpunkt stand auf der Tagesordnung: Verlauf der Maßregelungen und können wir dieselben für beendet erklären? Herr Vogt war der Meinung, daß die Sache in den Fachverein gehöre, während Herr Girsch die Ansicht vertret, daß es notwendig sei, dieselbe vor der Öffentlichkeit zu verhandeln, da in dieser Weise am besten Klarheit geschaffen werden könne. Wenn der Öffentlichkeit hierdurch genügt sei, möge der Fachverein die Angelegenheit in die Hand nehmen. Es handle sich jetzt noch um die Unterstützung von drei gemäßigteren Kollegen, außerdem habe man aber noch mit den anlässlich des Streiks erfolgten Verurteilungen zu rechnen. Herr Kirchner stellte den Antrag, die Maßregelungen in der Branche für beendet zu erklären und die Unterstufungsfrage dem Fachverein zu überweisen. Herr Gähow sprach sich im Sinne des Herrn Girsch aus, an die Öffentlichkeit könne man sich nicht mehr wegen Unterstützung in dieser Angelegenheit wenden. Herr Kirchner begründete seinen Antrag und hob hervor, daß die Vereinigung stark genug sei, die drei Kollegen durchzubringen. Hierauf wurde der Antrag einstimmig angenommen. Herr Vogt bemerkte weiter, daß ein Teil der Kollegen dem Vorstand des Fachvereins die Schuld an dem verlorenen Streik zuschlebe. Das sei natürlich ganz unzutreffend. Herr Treuherz findet es sonderbar genug, daß man nun dem Vorstand die Verantwortung aufbürden wolle. Herr Girsch konstatierte, daß der Vorstand nur im Interesse der gesamten Kollegenschaft thätig gewesen sei; er habe volles Vertrauen zu den Kollegen und hoffe, daß sich alle bald in der Vereinigung wieder zusammensünden. Herr Thate machte auf die Zustände in der Fabrik von Selzner aufmerksam; dort werde den Kollegen eine Prämie von 75 Pfg. gezahlt, sobald sie über 20 W. wöchentlich verdienen. Beträge der Verdienst unter 20 W. zahle man ihnen nur 50 Pfg. Es zeige sich hier wieder, wohn man gerathe, wenn keine feste Organisation vorhanden sei. Herr Kirchner betonte, daß der verlorenen Streik eine gute Lehre für die Zukunft gegeben habe. Man werde die gemachten Erfahrungen entsprechend zu verwerten wissen. Herr Vogt betonte, daß man so wenig Rücksicht auf die vorhandenen Mittel bei der Streikerklärung genommen habe. Man habe die Organisation als ein festes Bollwerk betrachtet, aber selbst der stärkste Verein sei ungenügend, wenn in der Kasse Ebbe herrsche. Herr Linke bezeichnete es als eine Thorheit, den Vorstand des Vereins für die erlittene Niederlage im Lohnkampfe verantwortlich zu machen. Ihm sei zu Ohren gekommen, daß die Kollegen einer bekannten Fabrik den Plan hegten, für sich einen besonderen Verein zu gründen. Wer der Vernunft aus dem Wege gehen wolle, finde in diesem Verein gewiß eine dankbare Aufgabe zu lösen. Herr Gähow schilderte in kurzen Zügen die Entstehung und den Verlauf des Streiks, der als ein leichtsinnig begonnener durchaus nicht bezeichnet werden könne. An den nicht vorzunehmenden ungünstigen Verhältnissen, die bald darauf eintraten, sei der Erfolg gescheitert. Herr Rothwald erklärte im Gegenfaze zu einem Vordredner, daß den Kollegen von der Firma Siemens u. Halske volle Anerkennung für ihre Haltung gebühre. Eine wirkliche Niederlage habe der Streik auch nicht gebracht, es sei den Fabrikanten eine solche Lehre zu Theil geworden, daß sie ein zweites Mal gewiß eine Einigung mit ihren Arbeitern dem Streik vorziehen würden. Nachdem noch die Herren Eisenblätter, Henschke und Hecht gesprochen hatten, ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, sich zu sammeln und einig zu sein. Mit einem dreifachen Hoch auf den Fachverein, welches begeisterten Wiederhall fand, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Verband deutscher Mechaniker und verwandter Berufsgeoffenen hielt am 2. Juli eine Generalversammlung ab. Laut Bericht des Kassiers beliefen sich die im 2. Quartal d. J. gemachten Einnahmen auf 289,93 M. inkl. 12,53 M. Rest aus dem vorigen Quartal. Die Ausgaben betrugen inkl. der nach Hamburg abgeführten Summe von 108,20 M. 225,81 M., bleibt demnach ein Bestand für das nächste Quartal von 14,02 Pfg. Die Zahl der Mitglieder beträgt 276. Nach Beendigung dieses Berichtes durch den Kassier wurde dem Kassier Decharge erteilt. Der Vorsitzende gab hierauf einen Bericht über die stattgefundenen Versammlungen des verflohenen halben Jahres, es war daraus zu ersehen, daß die Beteiligung der Kollegen an den Versammlungen eine nicht sehr rege gewesen ist. Die Schuld hieran liegt wohl zum größten Teil an den notwendig gewordenen öffentlichen Versammlungen, jedoch steht zu erwarten, daß alle Kollegen fernerhin ihr Bestes zum Wohle und Weitergehenden des Verbandes einsehen werden. Zum Bericht der Zwölfer-Kommission, speziell über den Arbeitsnachweis, ist zu erwähnen, daß da recht günstige Resultate zu verzeichnen sind, denn von 122 angemeldeten Stellen konnten 118 besetzt werden. Trotz alledem kann man den Kollegen, auch Nichtverbandsmitgliedern, nicht dringend genug ans Herz legen, vorkommenden Falls einzig und allein den Arbeitsnachweis des Verbandes in Anspruch zu nehmen, da es nur dann möglich ist, alle Anforderungen der Prinzipale sowohl wie Gehilfen befriedigen zu können. Die Nachschau-Kommission berichtet dahin, daß augenblicklich 3 Fälle zu erledigen sind. Sodann wurde eine notwendig gewordene Erziehung zur Zwölfer-Kommission vorgenommen, aus welcher die Kollegen Hilbig, Weber und Hapke hervorgingen. Beim vierten Punkt der Tagesordnung, Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag, waren die Meinungen betreffs der Zahl der Kandidaten etwas verschieden. Die Mehrheit der Kollegen entschied sich jedoch für die unserer Zahlstelle zukommenden 6 Vertreter und wählte demgemäß. Was die Anträge anbetrifft, welche die Zahlstelle Berlin auf dem diesjährigen Verbandstag zu stellen beabsichtigt, so wurde dem Wunsch des Vorsitzenden Folge gegeben, wonach alle Anträge in einer kommitierten Sitzung durchberathen werden sollen, um dann einer Mitgliederversammlung zur Annahme unterbreitet zu werden. — Unter Verschiedenes wurde dann noch auf den Arbeitsnachweis der vereinigten Metallindustriellen hingewiesen und bemerkt, daß gerade hier den Kollegen Gelegenheit geboten wird, um ihr Solidaritätsgelb zum Ausdruck zu bringen, indem sie diesen nur den Zielen der Kapitalisten entsprechenden Arbeitsnachweis vermeiden und sich einzig und allein dem Arbeitsnachweis der Gehilfen zuwenden. — Zum Schluß wurde noch mitgeteilt, daß der Gesangverein der Berliner Mechaniker seine Sitzungen jetzt freitags abstr. 27

abhält, wozu alle fangeflüstigen Mechaniker freundlichst eingeladen sind.

Mit polizeilicher Auflösung endete eine am Montag Abend der Feuerstein tagende öffentliche Schneider-Versammlung, die von etwa 400 Personen besucht war. Stadtrat Frisch zu Beil sprach zunächst in einstündigem Vortrage über „Die neue Militärvorlage im Reichstage“. Redner kritisierte in eingehender scharfer Weise, oftmals von dem stürmischen Beifall der Versammelten unterbrochen, die große Ungerechtigkeit in der Handhabung der Befehle, nach welcher dem Einen verboten, was dem Andern erlaubt ist. Den Armen und Unterdrückten treffe hohe Gefängnisstrafe, wenn der Gleiche unternehme, was bei dem Reichen und Mächtigen kraftlos ausgebe. In Bezug auf die Militärvorlage legte der Referent dar, wie bei dem fortgesetzten Müssen die Zeit nicht mehr fern sein könne und werde, wo Deutschland zusammenbrechen müsse, dabei seien seit dem Jahre 1884 für Kolonialzwecke große Summen aufgebraucht worden. Wenn man kolonisieren wolle, könne man dies in Deutschland thun, wo übergenug Ursache und Gelegenheit dazu vorhanden ist. Die Millionen, welche man nach dem schwarzen Erdheile werfe, könnten in Deutschland segensreich verwendet werden. General Vogel von Falkenstein habe der ganzen Sache den Stempel aufgedrückt durch die Bemerkung von dem Wohlgehen der Leute in der Kaserne. Allerdings sei dies eine bittere Wahrheit. Denn wie viele Hunderttausende gebe es, die niemals in die Lage kämen, sich bei allem Willen zur Thätigkeit auch nur an Kommissbrot satt essen zu können. Wenn sich diejenigen, welche die Soldaten ernährten, nicht fähigen könnten, dann müssen eben menschenunwürdige Zustände existieren. Redner betonte, daß er selbst die Dinge, das Leben und Treiben in der Kaserne durchgemacht. Er denke nicht an den Krieg, weil die Arbeiterklasse alle Tage im Kampf um's Dasein lebe. Die neue Militärvorlage werde einem Teil der Bevölkerung lehren, daß der 20. Februar, der Tag der Wahl, noch lange nicht für einen Tag des Sieges gelten könne. Der Kampf der Arbeiterklasse in Deutschland wird mit dem Fall des Sozialistengesetzes erst recht beginnen. Maß aber werde man, wie bisher, zu halten wissen, vor Allem sich selbst nicht zu beschern suchen. Noch lange nicht hätten die Arbeiter ihre Bewegung ernst genommen. Vortragender kommt auf das Auftreten Söder's zu sprechen, das nicht minder deutlich als alles bisher Erwähnte, dokumentieren könne, in welchem Maße wir segeln. — Nach einer Pause von 10 Minuten begann eine rege Diskussion. Herr Pfeiffer ergänzt des Referenten Ausführungen durch die Bemerkung, daß unter gewissen Umständen auch das deutsche Militär Brot genug und Fleisch die Fülle bekommen, dann nämlich, wenn dasselbe, wie im Kriege, nichts koste. Auf die politische Lage des Reiches eingehend, meint Redner, das alte Kartell sei vernichtet, das neue zeigt, an der Spitze das Zentrum, welches unwürdiges Spiel man mit der Masse des Volkes spiele. Nur in der Sozialdemokratie sei für die Arbeiterschaft das Heil zu finden. — Herr Pohl magnt vor allem zur Einigkeit. — Die Herren Wisemann, Lätzerow und Böglberger ergänzen und bestätigen die Ausführungen des Referenten, der noch zum Schlußwort kommt. Bei den Schlussausführungen des Herrn zu Beil, in denen derselbe ausführt, daß ein großer Teil sowohl des Militärs als der Schutzmannschaft bereits Sozialisten seien, Wte der überwachende Lieutenant die Versammlung auf, welche sich ruhig und würdig aus dem dichtgefüllten Saale entfernte.

Die Ortsverwaltung V (Vermluttarbeiter) der Vereinigung der Drechler Deutschlands hielt am 1. Juli in der Wollmann eine Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Herrn O. Wöhe „Was lehrt uns die Fabrikantenverbände?“ 2. Diskussion. 3. Ausschluß der Mitglieder, welche sich gegen § 6, Abs. 3, verhalten haben. 4. Wahl eines Schriftführers, zweier Beisitzer und eines Revisors. 5. Verschiedenes. — Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in circa einstündiger Rede unter dem Beifall der Anwesenden. — An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Hantenberg, Doll und Ute. — Punkt 3 wurde erledigt durch das Ausschließen der Mitglieder, welche sich gegen § 6, Abs. 3, verhalten haben. — Zu Punkt 4 wurde Kollege Traumann als Schriftführer, G. Binze und A. Schulz als Beisitzer und Kollege A. Schulz als Revisor gewählt. — Unter Verschiedenes gedachte der Vorsitzende noch des Streifonds und wurde beschlossen, denselben vom 15. Juli in Kraft treten zu lassen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung um 12 Uhr.

Die erste Mitgliederversammlung der Maler, Lackier-, Anstreicher und verwandten Berufsgeoffenen, Filiale VII, SW., tagte am 3. Juli im Restaurant Poppe, Lindenstr. 106. Der erste Punkt der Tagesordnung war „Nechenschaftsbericht“. Der zweite Bevollmächtigte, Behrend, legte Rechnung und wurde dieselbe für richtig erklärt. Punkt 2. Vorstandswahl, wird erledigt, indem die Kollegen Jelske zum 1. Kassier zum 2. Bevollmächtigten, Müller II Schriftführer, Burmeister, Müller I, Wolf und Laube als Beisitzer, Behrend und Barzig zu Revisoren gewählt wurden. Ein Antrag, den Kassierbeamten wöchentlich 50 Pfg. zu bewilligen, wird angenommen. Die Wahl eines Mitgliedes zur Arbeitsvermittlungskommission wird vertagt. Zum dritten Punkte liegen zwei Anträge vor. Es sollen für ein verstorbenes Mitglied 4,50 M. zu einem Kranze bewilligt werden und derselbe durch zwei Mitglieder vom Vorstand niedergelegt werden. Kollege Kofante findet es wohl passend, einem dahingegangenen Kollegen die letzte Ehre zu erwiesen. Darauf wird der Antrag einstimmig angenommen. Der zweite Antrag betrifft die Befolgung des verantwortlichen Kassiers. Da Kollege Kofante, welcher dies Amt vertritt, dasselbe zu Gunsten der Klasse unentgeltlich führen will, ist der Punkt erledigt. Da sich Niemand zum Wort meldete, schloß der Bevollmächtigte, Kollege Jelske, die Versammlung.

Die Versammlung der Maurer Berlins und Umgebung. Große öffentliche Versammlung am Donnerstag, den 10. Juli, Abends 8 Uhr, in Ganshofen, Rosenthalstr. 40.

Öffentliche Arbeiterversammlung für Köpcke und Jungend. Versammlung am Mittwoch, den 9. Juli, Abends 8 Uhr, im Kaiserhof.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Wahlbezirk. Generalsversammlung am Mittwoch, den 1. Juli, Abends 8 Uhr, bei Gerold, Genslerstr. 22.

Freie Versammlung der Kartonarbeiter. Generalsversammlung am Mittwoch, den 9. Juli, Abends 8 Uhr, bei Säger, Genslerstr. 22.

Fachverein der Papierarbeiterinnen und verwandter Berufsgeoffenen. Große Versammlung am Donnerstag, den 10. Juli, bei Gerold, Rosenthalstr. 40. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Die Organisation der Frau.“ 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Jahresanfang. 4. Verschiedenes und Propaganda. Gabe, Tamen und Herren haben Zutritt.

Öffentliche Versammlung der Drechler und Berufsgeoffenen am Mittwoch, den 9. Juli, Abends 8 Uhr, in Gerold's Lokal, Rosenthalstr. 40. Tagesordnung: 1. Einjährige Selbstaufstellung über die diesjährige Lohnbewegung. 2. Die Tage in Hamburg. Referent Kollege Dentz. 3. Wahl eines Lohnfonds-Kassiers. 4. Wahl von Revisoren zum Stadtarbeiter-Verein. 5. Verschiedenes. Erschienen über 1000.

Maler-Verbandsversammlung der Filiale 8 (West), am Donnerstag, den 10. Juli, Abends 8 Uhr, Brunnenstr. 22. Tagesordnung: 1. Vierteljährlicher Rechenschaftsbericht. 2. Vortrag: Verschiedenes und Angelegenheiten. Wöhe haben Zutritt. Wenn Mitglieder werden aufgenommen.

Schneider-Verein. Preisliste hat heute Mittags im Lokal des Herrn Roggan, Rosenthalstr. 22, Gabe mitkommen. — Sonntag, den 2. August findet im Kaiserhof, Filiale VII, Rosenthalstr. 106-107, ein großer Sommer-nachmittag statt, verbunden mit humoristischen Vorträgen und unter stimmungsvoller Begleitung des Arbeiter-Gesangvereins „Hoffnung“. Um rege Beteiligung bitten wir Bescheid.

Lehr- und Disziplinär-„Mergantrolth“ von jetzt ab Sitzung alle Mittwoch bei 12 Uhr, Liebenwalderstraße 20. Gabe durch Mitglieder eingeleitet haben Zutritt.

Große öffentliche Versammlung der gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgebung am Mittwoch, den 9. Juli, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Ute, (Am Kolow), Rosenthalstr. 27.

Fachverein der Lithographen, Steindruck- und Schriftsetzer. Generalsversammlung am Mittwoch, den 9. Juli, Abends 8 Uhr, bei Gerold, Rosenthalstr. 40.

Lehr- und Disziplinär-„Innerebene“. Freitag, den 11. Juli, Abends 8 Uhr, im Restaurant Säger, Rosenthalstr. 22. Vertagung mit darauf folgender Diskussion am Samstag, Gabe haben Zutritt.

Vereinigung der Drechler Deutschlands. Ortsversammlung 1-7. Am Sonntag, den 13. Juli, Abends 8 Uhr, im Kaiserhof, Rosenthalstr. 106-107. Am Sonntag, den 13. Juli, Abends 8 Uhr, im Kaiserhof, Rosenthalstr. 106-107. Alle Mitglieder sind eingeladen. Allen Bau hntube und Vereinen zur Beachtung, daß der Kassier

